

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abonnementsspreis pro Monat int. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ int. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettel-Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chiefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die gespaltenen Zeitzeile über deren Maum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinbarungen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voran zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Einladung zum Abonnement.

Um nächsten 1. Oktober blickt die Leipziger Volkszeitung auf zwei Jahre ihres Bestehens zurück.

Es war eine schwere und bedeutsame Zeit politischen und wirtschaftlichen Kampfes, in der es galt, die Sache des arbeitenden Volkes und damit die Sache der Freiheit zu verteidigen und zu verfechten.

Fest und beharrlich, sachgemäß und energisch hat die

Leipziger Volkszeitung,

gestützt durch das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung, auf dem Plane gestanden, stets bereit, die Sache des ringenden Proletariats mit Energie zu führen. Was auch der Tag immer brachte, ob Umsturz, Seebank, Kölner Coup oder Wahlentziehung, politische Unterdrückung oder wirtschaftliche Benachteiligung: jede Schlacht ist angenommen, ist durchgesiegt worden.

Das Panier, unter dem die Leipziger Volkszeitung stand, war das der Sozialdemokratie.

Von sicherer Worte aus tritt sie an die Besprechung der Tagesfragen heran. Ihre täglichen Zeitartikel behandeln gründlich, knapp und rosig die politischen Ereignisse, die bedeutsameren sozialen Vorgänge. Eine große Zahl eigener Korrespondenten in allen wichtigen Punkten des In- und Auslandes ermöglichen einen raschen, geordneten und zuverlässigen Nachrichtendienst.

Über die so sehr beachtenswerten Vorgänge auf dem wirtschaftlichen Gebiete fortlaufend die Wirtschaftliche Wochenschau. Die Verhandlungen des Reichstages und der anderen öffentlichen Körperschaften werden genau und ausführlich wiedergegeben.

Entsprechend aber der Wollanschauung, die in den Sälen unseres Programms niedergelegt ist, hat sich die

Leipziger Volkszeitung

je und je bemüht, alle Seiten unseres Volkslebens in den Kreis ihrer Betrachtung zu ziehen, nicht nur rezipierend und kritisierend, sondern entwickelnd und weiterbauend.

Neben den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen werden so vornehmlich die Fortschritte der Wissenschaft und Kunst sorgsam verfolgt, um auch den Proletarier, den die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu einem Anhänger der

Maschine zu verkleinern droht, der Schäfe unserer Geisteskultur teilhaftig zu machen. An der Hand seiner Leipziger Volkszeitung vermag er die weiten Gebiete der Wissenschaft mit Nutzen zu betreten, mit ihr, der zuverlässigen Führerin, durchschreitet er die Städte, die der Kunst geweiht sind.

Für die Unterhaltung nach des Tages schwerer Arbeit sorgt die

Leipziger Volkszeitung

durch die ausgewählten Darbietungen ihres Feuilletons.

Meisterwerke der Erzählungskunst werden sowohl in dem täglichen Unterhaltungsstell, als auch in der wöchentlichen Romanbeilage veröffentlicht, daneben eine Fülle von kleinen Erzählungen, von Slügen und Humoresken. Zur Zeit erscheint das bedeutende, spannungsvolle Werk Meister Spielhagens: Die von Hohenstein im täglichen Feuilleton, in der Romanbeilage eine charakteristische Erzählung Alphonse Daubets: Der Nabob.

Das Beben in der Gemeinde, alle lokalen Vorgänge von Bedeutung werden aufmerksam verfolgt; über die Verhandlungen der Stadtverordneten empfangen die Leser der Leipziger Volkszeitung genüge und zuverlässige Berichte.

Den praktischen Bedürfnissen wird gedient durch regelmäßige Veröffentlichung der Marktpreise, Eisenbahnsahnepläne, Führer durch die Sehenswürdigkeiten der Stadt, Standesamtssachen.

Neu eintretende Abonnenten erhalten die Zeitung bis zum 1. Oktober d. J. gratis; der bisher erschienene Teil der Romanbeilage wird nachgeliefert, und außerdem steht jedem Abonnenten das Recht auf ein

Gratisinserat

vom zwei Zellen im Monat zu.

Es ist die Pflicht jedes Arbeiters, Bürgers und Beamten, aller der kleinen Leute, die den Kampf ums Dasein führen, Abonnent und Verbreiter der

Leipziger Volkszeitung

zu werden. Sie ist die beste Waffe im Befreiungskampfe des gesamten werthätigen Volkes.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Der Entrüstungsturm in England.

* Leipzig, 22. September.

Aus London schreibt uns unser Z-Mitarbeiter vom 18. September:

England steht augenscheinlich wieder am Vorabend einer jener mächtigen, in ihren Wirkungen unüberstreichlichen und in ihren Folgen unberechenbaren nationalen Bewegungen, die schon oft zuvor die leitenden Staatsmänner in ihrem Wirbel mitgerissen und der Nationalpolitik neue Wege und Bahnen angewiesen haben. Das letzte Mal war es in den Jahren 1876—1878, trotz einiger Verschiedenheit hat der jetzige hochwogige Entrüstungsturm mit jenem manche Ahnlichkeit und auch ursächlichen Zusammenhang. Damals waren es die Scheuhseligkeiten der Türken in Bulgarien, denen Etzelheiten ein englischer Zeitungsberichterstatter in den Daily News veröffentlichte, die das englische Volk bis in die untersten Schichten aufregten. Es war umsonst, daß der chinesische Premier Disraeli diese authentischen Berichte als Kaffeehausgeschwätz verspottete und mit der Macht seines politischen Einflusses die wachsende Springflut zu hemmen suchte; er mußte schließlich dem nationalen Unwillen weichen, und die Generalwahlen von 1880 schwemmten ihn und seine Partei vom Thron. Mit der türkienfreudlichen Politik, die er, wenn nicht konsequent, doch nach bestem Verstand als Premier verfolgt hatte, war es auf immer vorbei, so daß heute ein höchstpolitisches Blatt, der Londoner Standard, die bemerkenswerten Worte schreiben kann: „Wir werden in der Verteidigung des ottomanischen Reiches nie mehr einen Schilling ausgeben, nie mehr ein Leben riskieren.“

In dieser Weise hat das Torchblatt nicht immer gesprochen, und hat die konervative Partei nicht immer gehandelt. Wie im einzelnen Menschenleben die Gegenwart in der Vergangenheit nutzt, so hängt auch im Leben einer Nation das Jetzt mit dem Sonst in engem, ursächlichem Zusammenhang. Es ist nicht nötig, auf den Kriegszug zurückzugreifen, jenes nationalen Verbrechen, das mit Hunderttausenden unzähligen Opferter Menschenleben und Millionen dem Volk entzogenen Geldes das morsche Türkengeschwad befestigte: die Missetat der englischen Nation an den Scheuhlseligkeiten in Armenien, in Konstantinopel ist neueren Datums. Sie geht wenige Jahre hinter den Vertrag von San Stefano zurück. In den Jahren 1875 und 1876 waren die Zustände unter der christlichen Bevölkerung des Türkireiches ungefähr so schlimm wie gerade jetzt. Die europäischen Großmächte waren der Ansicht, daß die Zeit zur Einmischung gekommen sei, und

Feuilleton.

Magazin verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Ich bin dafür, fuhr Herr Kaltebold fort, nicht eher einzuschreiten, bis uns die Maßnahmen der Gegner einen Anhalt geben; wir treffen sonst den Unschuldigen mit dem Schuldigen.

In einer Wiederhöhle bleibt es keine Unschuldig! rief Herr Westermeyer.

Besonders wenn man jeden, der zufällig nicht unserer Meinung ist, für einen Vater und Mordbrenner hält, replizierte Herr Kaltebold.

Diese Auseinandersetzung erregte den heftigsten Unwillen der versammelten Väter. Man schrie über unverantwortlichen Leichtsinn, über frevelhaften Indifferentismus, ja, es fehlte nicht viel, so hätte man den tapferen Mann der heimlichen Verbindung mit den „Emporenn“ gezogen.

Herr Kaltebold ließ sich durch den gegen ihn wütenden Sturm nicht aus der Fassung bringen.

Was wollen Sie denn von mir, meine Herren? rief er. Gedröhnen Sie sich doch gerade, als ob ich einzelner der Ausführung Ihrer Entschlüsse hindern in den Weg treten könnte. Thun Sie, was Sie nicht lassen mögen, aber bedenken Sie wohl, daß Ihre übertriebene Besorgnis die Gefahr, welche Sie zu vermeiden wünschen, gerade herausbeschwört, daß Sie durch Gewaltmaßregeln gegen jene mächtigen Schwächer die allgemeine Aufregung nur vermehren

und der ganzen Sache eine Wichtigkeit belegen werden, welche dieselbe in meinen Augen, und ich glaube in den Augen jedes Rüchternen, gar nicht hat. Dieses Feuer erlischt von selbst, wenn Sie keine Nahrung hinzutragen; tappen Sie aber mit unvorsichtiger, ungeschickter Hand hinein, so sprühen die Funken nach allen Seiten, und Sie werden sich dann allerdings nicht wundern dürfen, wenn Ihre Häuser und Fabrikgebäude in Flammen aufgehen und die Verzweiflung Thaten erzeugt, zu welchen der dumpfe Unmut sich niemals versteigen würde.

Sie haben gut reden, rief Herr Westermeyer, Sie haben keine Färbten, die in Flammen aufgehen können.

Es wird nächstens ein Verbrechen sein, wenn man zu-

fälligerweise nicht Färbtbesitzer ist, sagte Herr Kaltebold. Der kaum beschwichtige Sturm erhob sich von neuem; der Oberbürgermeister läutete wie toll mit seiner silbernen Glocke; wet weiß, zu welchen lächerlichen und schimpflichen Aufritten es noch unter den unehrenwerten Vätern gekommen sein möchte, wenn nicht in diesem Augenblicke der Ratsdiener Pitter mit schreckensbleichem Gesicht in den Saal gestürzt wäre und dem Oberbürgermeister eine Botchaft in das Ohr geraut hätte.

Ein banges Schweigen lagerte sich auf einmal über die eben noch so laute Versammlung.

Herr Willibrod Dach erhob sich und sagte mit einer Stimme, welche die Angst heiter und fast unhörbar machte: Meine Herren, draußen steht der Wirt vom „Grünen Römer“, der wadere Herr Büz, und bittet um Gehör; er habe Nachrichten aus dem demokratischen Club von der äußersten Wichtigkeit mitzuteilen. Ich ersuche Sie, meine Herren, diese Nachrichten mit derjenigen Ruhe und Fassung, welche uns zierte, entgegenzunehmen. Führen Sie den Mann herein, Pitter!

Der joviale Wirt zum „Grünen Römer“, der wadere Herr Büz, trat alsbald, vom Ratsdiener begleitet, in den Saal und verbeugte sich in ungeschickter Weise vor den Vätern, indem er dabei sein dices Gesicht zu einem widerwärtigen Grinsen verzog.

Sezen Sie sich, Herr Büz, leuchte der Oberbürgermeister, und sagen Sie, was Sie uns mitzuteilen haben.

Nicht viel Gutes, Ihr Herren, sagte der joviale Herr Büz, nachdem er von der erhaltenen Erlaubnis Gebrauch gemacht hatte; die Lage ist aus dem Saal, und Sie werden Ihre liebe Not haben, sie wieder hineinzubringen. In diesem Augenblick ziehen Sie aus allen Thoren zugleich hinaus, an die zwei- bis dreitausend Mann. Dann geht's nach Schloss Rheinfelden, wo der alte General von Hohenstein wohnt, da wollen Sie sich Waffen verschaffen und hernach überall rings umher in den Dörfern die Glocken zum Aufruhr läuten. Dann wollen Sie mit den Bauern zurückkommen und die Stadt an allen vier Ecken angrinden, daß kein Stein auf dem anderen bleibt, und dann wollen Sie alles tot schlagen, was sich Ihnen widersetzt; die Weiber wollen Sie unter sich verteilen und das Geld. Ja, meine Herren, unser schönes Geld; vor allem wollen Sie die Schatzkammer plündern. Es ist ein Graus, meine Herren, mit stehen die Haare zu Berg, wenn ich daran denke, was ich alles gehabt habe. Es ist ein Graus, sage ich Ihnen.

Der joviale Wirt grinste von neuem, befreite sich dann schnell, wie wenig diese Männer zu seinen Worten passe, betreuzigte sich und erhob die verschwollenen, zwinkernden, schlauen Auglein zur Decke des Saales.

Die Väter blickten einander an. Dies übertraf die schlimmsten Erwartungen. Der Stadtrat Heydtmann u. Comp. rang die Hände und sagte, er sei ein geschlagener Mann. Vergabens, daß Herr Kaltebold die Unwahrscheinlichkeit eines

Graf Andraß, der österreichische Staatsminister, schrieb eine Note, die erklärte, daß die von der türkischen Regierung versprochenen Reformen nicht ausgeführt worden seien, und ein vereinigtes Vorgehen der Großmächte nötig sei, um deren Verwirklichung zu erzwingen. Nach langem Zaudern gab die britische Regierung unter Benjamin Disraeli ihre Zustimmung zu diesem Votenstück. Aber als Russland den Vorschlag machte, daß etwas geschehen solle, um die in Andraß' Note gezeichneten Reformen zu verwirklichen, und das als Berliner Memorandum bekannte Votenstück aufgesetzt wurde, das die Maßregeln ins Auge nahm, die man gegen die Türkei in Anwendung bringen sollte, erklärte die englische Regierung, daß sie nicht mitmachen wolle. Gegend welche Gegenvorschläge machte Benjamin Disraeli nicht, und das Projekt eines vereinigten Vorgehens gegen die Türkei, das den blutigen russisch-türkischen Krieg verhindert und den Christen in der Türkei, schon damals unter europäischer Aufsicht bessere Lebensbedingungen gesichert hätte, zerschellte an der Ablehnung der Staatsmänner derjenigen Nation, die jetzt ohne Zaudern allein gegen die Türkei vorgehen möchte, um das zu erreichen, was vor zwanzig Jahren ganz Europa zu verwirklichen wünschte: die Rettung der christlichen Bevölkerung des türkischen Reiches vor dem Schwert der Osmanen.

Es ist nötig, diese Thatsachen sich ins Gedächtnis zurückzurufen, um die Bedeutung und Tragweite der jetzigen nationalen Begeisterung Englands zu verstehen. Man mag an der Aufrichtigkeit des Entrüstungsturms zweifeln — es sieht ja verdächtig genug aus, daß die britische Nation sich anerbietet, allein das auszuführen, was Disraeli vor zwanzig Jahren dem gesamten Europa zu thun nicht erlaubte — aber der Sturm ist da, er ist eine Thatsache, mit der die Staatsmänner von ganz Europa zu rechnen haben werden. Die Bedeutung der Bewegung wird noch dadurch erhöht, daß Gladstone, der größte Staatsmann Englands, trotz seinen 86 Jahren und dem feierlich gegebenen Versprechen, daß er sich nicht mehr in die Politik mischen werde, an die Spitze dieser Bewegung getreten ist und mitmarschiert wird im Kreuzzuge gegen den „großen Mörder“. Wie in 1876 ist auch jetzt wieder Gladstone bloßer Petrusmann. Aber die Welt hat nicht vergessen, daß er viermal als Premier die Gechicke eines Weltreiches lenkte; wenn vielleicht die Jahre die zündende Gewalt seiner unvergleichlichen Beredsamkeit geschwächt haben, so kann doch jeder aus seinen Briefen über die orientalische Frage sehen, daß noch die alte Glut der Begeisterung in ihm aufblüht, die vor Jahren seine berühmte Rede in Bladheat zum Lösungswort der ganzen Nation machte. Wie oft haben die englischen Liberalen in den letzten Monaten gekämpft: „Ah, hätten wir nur Gladstone einen Tag lang zurück.“ Gladstone hat den Ruf gehabt und wird sprechen.

Und Lord Salisbury, der ehemalige Amtsgenosse des Benjamin Disraeli, den ein seltsames Geschick an die Spitze der Geschäfte Englands gestellt hat? Man kann ziemlich deutlich erkennen, daß ihm dieser von Gladstones groben Namen überschattete nationale Kreuzgang gar nicht unbedeckt oder unangenehm ist. Salisbury ist vielleicht ein geschickter Diplomat, aber kein Staatsmann von Charakterstärke und Willenskraft, der zielbewußt an die Lösung großer internationaler Fragen gehen kann. Die Hindernisse und Schwierigkeiten, auf die er im Laufe der letzten Monate gestoßen ist, haben seinen von Anbeginn nicht sehr großen Mut gänzlich gebrochen. Er ist allerdings zur richtigen Erkenntnis gekommen, daß es nur ein Mittel giebt, den Fortbestand des türkischen Reiches in seiner jetzigen Form und Ausdehnung zu sichern, und dieses Mittel ist, daß man den Sultan zwingt, seinen christlichen Unterthanen ein erträgliches Leben zu gewähren. Aber der wahninnde Verbrecher in Yildiz Klost hat durch sein sinnloses und maschloses Wüten gegen seine eigenen Unterthanen sein möglichstes gethan um den Sturz seiner Dynastie und die Auflösung seines Reiches zu beschleunigen. In diesem Dilemma hat Lord Salisbury bald nach seinem Amtsantritt vor einem

großen Teiles der Angaben des Herrn Bütz und überhaupt die Ungewissigkeit eines Menschen, der an seiner Partei zum Verräter geworden sei, hervorhob; man schrie ihm entgegen, daß man von seinem Rat vollaus genug habe, er möge doch schweigen und den Verdacht, der auf ihm laste, nicht noch vergrößern.

In überraschend kurzer Zeit hatte man die nötigen Beschlüsse gefasst. Man wollte eine Deputation an den Kommandanten der Stadt, den General Grafen Hinkel v. Gadelberg, entsenden und ihn auffordern, die Thore der Stadt sofort zu schließen und sodann mit einem angemessnen starken Corps den Emporenn nachzusetzen, um sie, womöglich noch bevor sie ihren Plan auf Rheinfelden hätten ausführen können, zu überfallen und niederzumachen.

Für die Stadt selbst traf man noch besondere Maßregeln. Von zwölf Uhr an, der frühesten Zeit, in welcher man die Expedition nach Rheinfelden zurückwarten konnte, sollten alle Fenster erleuchtet werden, nachdem sämtliche öffentliche Gebäude mit so viel Truppen befestigt waren, als der Kommandant entbehren zu können glauben würde. Außerdem sollte sofort eine Translocierung und Revision aller öffentlichen Kassen stattfinden, um dieselben womöglich den räuberischen Händen der Meuterer zu entziehen, oder um, im Falle der Plünderung trotz aller angewandten Vorsichtsmassregeln zur Ausführung käme, wenigstens bei Heller und Pfennig konstatieren zu können, wieviel die Banditen gestohlen hätten.

Als die an den General Hinkel zu entsendende Deputation erwählt war und man im Begriff stand, die Revision der Kassen einer anderen Deputation zu überweisen, entdeckte man nicht ohne einige Verwunderung, daß der Stadtrat von Hohenstein inmitten der grenzenlosen Verwirrung, die in dem Saale geherrscht hatte, verschwunden war.

(Fortschreibung folgt.)

Jahr — im Gegensatz zu seinem liberalen Vorgänger Lord Rosebery, der eine Allianz mit Frankreich und Russland begrüßte, mit wenig oder keinem Erfolg — an das europäische Konzert appelliert, mit dem Ergebnis, daß Deutschland, Russland und Österreich sich nur enger verbündet haben, um die Fortdauer des türkischen Reiches in seinem gegenwärtigen Bestand unter allen Umständen anzustreben. Diese Politik ist nur ausführbar, wenn die Voraussetzungen günstig sind, wenn Abdul Hamid kein wahninnder Wütterich wäre.

Unter Lord Salisburys Verwaltung ist Englands Ver einsamung in der orientalischen Frage vollständig geworden. Dieses Gefühl hat dem schwachen Mann am Ruder den Wunsch eingegeben, sich durch die ganze Nation in der schwierigen Krise unterstützen zu lassen. Sowar hat er durch seinen jüngeren Sohn, Lord Hugh Cecil, in einer nicht sehr geschickten Weise einen kalten Wasserstrahl auf die aufgeregten Gemüter richten lassen; für die Armenier ist keine Hoffnung da, außer wenn die öffentliche Meinung im Auslande der englischen Wärme gleich kommt, sagt der Brief des jungen Lord. Nun weiß der Premier, der diesen im Schloß Walmer, seiner gegenwärtigen Residenz bei Deal, verfaßten Brief eingegeben, vielleicht gar dictiert hat, daß in seinem Lande die öffentliche Meinung sich so frei und ungefesselt bilden und so klar und deutlich ausdrücken kann als gerade in England, wo, wie in 1876, die Entrüstung über Lord Salisburys Unschuldigkeit und Abdul Hamids Wüten selbst in den Arbeiterkreisen Fieberhitze erreicht hat. Hat doch selbst Henry Broadhurst das Bombardement von Yildiz Kloß und das Aufknüpfen des Abdul Hamid an eine Raue eines britischen Schiffes als das einzige richtige Mittel empfohlen, um Ordnung zu schaffen.

Kann England allein gegen den Sultan vorgehen? Das Recht dazu besitzt es jedenfalls, das moralische Recht; denn englische Regierungen, liberale und konservative, haben in der Vergangenheit darauf hingearbeitet, um diese heilose Wirtschaft am Bosporus vom Untergang zu retten. Aber England hat auch ein doppeltes, durch Verträge gesichertes Recht. Der berüchtigte Cyprusvertrag, den der jetzige englische Premier als Minister des Auswärtigen mit dem Sultan 1878 abgeschlossen, gibt England das Recht, darauf zu bestehen, daß den christlichen Unterthanen der Pforte, den Armeniern, Reformation gewährt werden. Und England hat den Vertrag von Berlin unterzeichnet, dessen § 61 an Stelle eines ähnlichen Abschnittes im Vertrag von San Stefano getreten ist. Ob England allein mit Gewaltmaßregeln gegen Abdul Hamid vorgehen wird, hängt zur Stunde weniger von der Stimmung in Europa oder von Lord Salisbury ab, als von der Stärke der vollständlichen Bewegung, die, einmal in Fluss gekommen, Minister und Staatsmänner in ihrem unwiderrücklichen Strom mit sich reißen wird.

* * *

Die Redaktion identifiziert sich nicht mit dem gesamten Inhalt dieses Briefes, den sie aber schon deshalb veröffentlicht, weil er ein gutes englisches Stimmungsbild gibt. Wir betrachten die türkische Frage objektiv, siehe unseren Leitartikel vom 20. August d. J.

Man hat gar keinen Anlaß, den Stab über die Türken zu brechen, die Schuld verteilt sich auf beide Parteien, Christen wie Mohammedaner, und die Knüttelstage von Konstantinopel sind durch die thörichte und freule Altade der Armenier auf die Ottomanbank provoziert worden. Wenn die Türken sich ihrer Haut wehren, so ist das ihr gutes Recht. In der politischen Übersicht der gestrigen Nummer wurde dafür ein unbefangener Zeuge angeführt.

Die Armenierbegeisterung in England in allen Ehren, aber die Behauptende von Gläubigen und Ideologen, die das Mitleid treibt, sind doch nur ein Teil des Nachorchesters. John Bull, d. h. die Bourgeoisie, töbt jetzt gegen die Türken, weil er seine Handels- und Weltmachtersinteressen dadurch gefördert glaubt und die Beute endlich hereinbringen möchte. Gerade so wie im amerikanischen Sezessionskriege, wo die Ideologen für die Sklavenbefreiung schwärmen und kämpfen, tatsächlich aber der Gegensatz zwischen Plantagenbesitzern und Farmern, zwischen Freihandel und Schutzoll ausgeschlagen wurde.

Der wütende Türkenschach des alten Gladstone aber entspringt der unglaublichen anglikanischen Beschränktheit eines kirchlichen Eiferers, der dabei, wie so mancher englische Staatsmann, nur die Geschäfte Russlands besorgt.

Politische Übersicht.

Auch eine Befehlung. Ein protestantischer Polsterer und Katholikenländer, der Leipziger Geheime Kirchenrat und Domherr Professor Dr. Fritze hatte auf der jüngsten Generalversammlung des Gustav Adolf-Vereins, der bekannten Schutzmutter der evangelischen Kirche, gegen die katholische Kirche und das Papsttum geworfen und gezeigt.

Dabei ließ er die Bemerkung einschießen, der König von Italien, Umberto, der Burenkrieg Crispis, der Gemsenjäger vor dem Herrn, der zähe Freund einer rohenden Kolonialpolitik auf des Volkes Kosten, sei nicht mehr Katholik, er sei Protestant geworden.

Diese Zwischenbemerkung ist zumeist nicht ernst genommen worden. Nun erscheint aber die Kölnische Volkszeitung auf dem Plane, das Organ des rheinischen Centrums, und erklärt, sie erfahre von protestantisch-kirchlicher Seite, die Behauptung Fritzes sei richtig. Der König sei aus Alerger über die vaticanischen Angriffe gegen den Quirinal zum Protestantismus übergetreten.

Dies ist eine der ergötzlichsten Possen aus dem Geschichtsbuche fürstlicher Belehrungen.

Die Religion wird von hohen Herren so leicht wie ein Hemd gewechselt, wenn es sich darum handelt, weltliche Vorteile für die geistliche Umhüllung einzutauschen. August der Starke von Sachsen machte sich und seine Dynastie katholisch, um das Königreich Polen zu ergattern. Heinrich IV. von Frankreich war aus einem Hugenotten Katholik geworden, der französischen

Königskrone wegen: Paris, so sagte er, ist eine Messe wert. Der kleine Prinz Boris von Bulgarien, der Sprößling römisch-katholischer Eltern, wird dem Baron zu sieben griechisch-katholisch gelautet.

Und gar die in fiktiven Eheschlüssen vorgenommenen Glaubenswechsel sind Legion. Dies Prinzenchen, evangelisch getauft, schlüpft am Arme eines Kronprinzen in einen halb-exotischen und ganz bankrotten Lande in den Schutz des griechisch-katholischen Glaubens.

Die Montenegrinerin, die den Kronprinzen von Italien heiraten soll, tritt von der griechisch-katholischen Religion zur römisch-katholischen über, während der Schwiegersohn derweil den Sprung zum Protestantismus gemacht hat; vielleicht muß sich nun die arme Tochter der Schwarzen Berge nachmals nach- und umtaufen lassen.

Doch Umberto aus Alerger über die päpstliche Politik zur Deutschen Kirche schwört, ist, immer vorangesezt, daß diese Nachricht richtig ist, für uns nur anziehend als Beitrag zur Seelenkunde des Monarchismus. Ob die Mitherrschaft des heiligen Regiments sanktioniert wird durch einen Kronenträger, der päpstlich oder lutherisch getauft ist, ändert an der Erdärmutlichkeit der Zustände keinen Pfifferling.

Im übrigen aber zeigt sich, wie die dazu Berufenen, die geborenen Schirmherren der Religion von Gottes Gnaden ihr Fangballspiel mit dem Glauben treiben.

Das klart. Denn wie heißt doch die alte Weise: Dem Volle muß die Religion erhalten bleiben. Dem Volle . . . ?

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Vom Frauenkongress.

K Berlin, 21. September.

In Berlin sind seit gestern ein Haufen bürgerlicher Frauenrechtslerinnen zusammengetreten, die aus allen Ländern herbeilten, um für die Rechte der Frauen auf einem internationalen Kongresse einzutreten. Man muß es diesen Damen lassen, sie haben es verstanden, die Aufmerksamkeit der hauptstädtischen Presse auf sich zu lenken, und wallen lange Berichte über ihre Nieden und Debatten füllen darin die Blätter. Als Nächstes vor dem Teil der bürgerlichen Frauenviertel, der für die Erweiterung der Vereinskreise der Frau heutzutage eintritt. Über mit dieser Hochachtung ist auch für uns der Frauenkongress abgestellt. Was er verbandelt, berichtet sich in keiner Weise mit der Frauenfrage, wie sie allein das sozialdemokratische Publikum anzuerkennen vermögt. Die im Bürgerfaß des hiesigen Rathauses verfaßten Damen kämpfen dafür, aus der Häuslichkeit heraus auf das Gebiet des Erwerbslebens zu gelangen; die Frauen der Arbeiterwelt sind aus der Häuslichkeit schon längst in die Fabrik getrieben, für sie kann es sich nur darum handeln, sich vor Ausbeutung und Unterschätzung durch das Kapital zu schützen. Die Frauenfrage, wie sie der augenblicklich laufende Kongress aussetzt, interessiert nur den Teil der bürgerlichen Frauenviertel, der für die bürgerliche Ehe überflüssig ist, also vielleicht einige Behnauten in Deutschland. Die Frauenfrage in unserem Sinne betrifft Millionen weiblicher Wesen und erscheint uns von diesem Gesichtspunkte aus schon weit wichtiger und ernster zu sein, als die bürgerliche Frauenfrage. Und gerade diese Hauptfrage wird hier in Berlin so gut wie ignoriert. Die Bedeutung des Kongresses darf also nicht zu hoch eingeschätzt werden, wie daß von den Befürworterinnen und der hiesigen Presse gehalten wird. Der Titel klingt ja vielleicht genug, indem er vorgiebt, der Kongress behandle die Frauenfrage im allgemeinen. Dies ist nicht der Fall. Das ist auch der bisherige Verlauf. Der Kongress, der gestern von der bekannten Frau Dina Morgenstern, einer Art Schulze-Delijisch für die Frauen, eröffnet worden ist, nahm bis jetzt Berichte über den Stand der Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern entgegen. Frau Marie Stritt aus Dresden referierte zunächst über deutsche Verhältnisse und betonte, daß nirgends in der ganzen civilisierten Welt die Stellung der Frau so weit zurück wäre, wie in unserem Vaterlande. Ganz gelegentlich streifte die Rednerin auch die Arbeitsverhältnisse der weiblichen Arbeitskräfte. Mit der Entlohnung dieser Frauen ist noch immer, und das Ziel gleicher Höhe bei gleichen Leistungen wie erst in später Zukunft. Eine Organisation der weiblichen Arbeitskräfte wäre ebenfalls dringend nötig. Der Ausdruck „Kapern“ beweist, daß Frau Stritt die Ursachen der niedrigen Entlohnung der Frauenarbeit doch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die Arbeiterinnenzeitung, besäßen. Aus diesem Kongress ergab sich anschaulich der prinzipielle Gegensatz der Frauenfrage in unserem und in bürgerlichem Sinne. Die bürgerlichen Frauen kämpfen gegen die Männer, die durch zärrüstliche Rechtschranken die Frauen von der Konkurrenz ausschließen; die Frauenfrage in proletarischem Gegensatz ist ein Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital und wird durch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die Arbeiterinnenzeitung, besäßen. Aus diesem Kongress ergab sich anschaulich der prinzipielle Gegensatz der Frauenfrage in unserem und in bürgerlichem Sinne. Die bürgerlichen Frauen kämpfen gegen die Männer, die durch zärrüstliche Rechtschranken die Frauen von der Konkurrenz ausschließen; die Frauenfrage in proletarischem Gegensatz ist ein Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital und wird durch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die Arbeiterinnenzeitung, besäßen. Aus diesem Kongress ergab sich anschaulich der prinzipielle Gegensatz der Frauenfrage in unserem und in bürgerlichem Sinne. Die bürgerlichen Frauen kämpfen gegen die Männer, die durch zärrüstliche Rechtschranken die Frauen von der Konkurrenz ausschließen; die Frauenfrage in proletarischem Gegensatz ist ein Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital und wird durch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die Arbeiterinnenzeitung, besäßen. Aus diesem Kongress ergab sich anschaulich der prinzipielle Gegensatz der Frauenfrage in unserem und in bürgerlichem Sinne. Die bürgerlichen Frauen kämpfen gegen die Männer, die durch zärrüstliche Rechtschranken die Frauen von der Konkurrenz ausschließen; die Frauenfrage in proletarischem Gegensatz ist ein Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital und wird durch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die Arbeiterinnenzeitung, besäßen. Aus diesem Kongress ergab sich anschaulich der prinzipielle Gegensatz der Frauenfrage in unserem und in bürgerlichem Sinne. Die bürgerlichen Frauen kämpfen gegen die Männer, die durch zärrüstliche Rechtschranken die Frauen von der Konkurrenz ausschließen; die Frauenfrage in proletarischem Gegensatz ist ein Kampf gegen die Ausbeutung durch das Kapital und wird durch etwas zu wenig tief sucht und darum glaubt, daß Aufklärung und wieder Aufklärung hinreichend würden, um in der Entlohnung der Arbeiterinnen Wandel zu schaffen. Unsere Ansicht hierüber ist freilich eine ganz andere. Nach Frau Stritt sprach eine Arzlin aus Tisis, Fr. Margaret Melit-Beglerianz, um von den armenischen Frauen Hilfe zu übermitteln und zu betonen, daß in Armenien die Frauenfrage im Sinne des Kongresses glücklich gelöst sei, indem die Mädchen wie die Knaben Gymnasium und Universität besuchen und sich einem gelehrten Berufe widmen können. Es folgten Berichte aus England, Amerika, Dänemark, Frankreich, Finnland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden u. s. w. Von ihnen berührte nur eine einzige Sprecherin die Arbeiterinnenfrage und zwar Frau Schlesinger-Eckstein aus Wien, die von der Arbeiterinnenbewegung in Österreich berichtete, daß sie von ihren männlichen Genossen höchst unterstützt würde, daß die weiblichen Arbeiter in den Organisationen den Männern gleichgestellt seien und ein selbständiges Blatt, die

treter der Arbeiterinnenbewegung dem internationalen Frauenkongress ferngeblieben sind.

* Berlin, 22. September. Bezuglich des deutsch-russischen Polikontroversen führt der offizielle Hamburger Korrespondent aus, daß das Verbot der Bombardierung russischer Staatspapiere erst in Frage komme, wenn die Bemühungen, die russische Polizei zur Durchschlebung der Tarifverhandlungen zu bestimmen, erfolglos bleiben würden.

In einer Berliner anarchistischen Versammlung suchte am Sonntag Landauer zu beweisen, daß die Armenier nicht baulende Christen, sondern revolutionäre Freiheitkämpfer seien. Der armenische Professor Humajian, der für seine Landsleute als leidende Christen in Deutschland Propaganda macht, trat Landauer entgegen und bezeichnete das Attentat auf die Ottomanbank als Werk Konstantinopeler türkischer Vodspitzen.

Dieser Tage hat die Börsische Zeitung ausgerechnet, daß in den 8½ Jahren der Regierung Kaiser Wilhelms II. 545 Pensionierungen von Generälen erfolgt sind.

In der Bissir sind die als Regimentskommandeure mit dem Charakter als Generalmajor pensionierten Offiziere aber mit enthalten. Demgegenüber leben aus der Zeit der von 1861—1887 pensionierten Generale noch 276, so daß zur Zeit 757 preußische Generale Pension beziehen. Man sieht daraus, wie systematisch — natürlich auf Kosten der Steuerzahler — „verjüngt“ wird. Denn mit diesen Bissern stehen die Pensionierungen der Stabsoffiziere in entsprechendem Verhältnis.

In welchem Lebensalter befinden sich nun die Offiziere seit dem nun 8½ Jahre durchgeführten Verjüngungssystem? Nach der Statistik, die in diesem Winter der Budgetkommission des Reichstags vorgelegt wurde, stellt sich folgendes heraus: Das Durchschnittsalter der kommandierenden Generale betrug bei ihrer Pensionierung 1890 = 63 Jahre, 1895 = 60; die Divisionskommandeure 1890 = 60 und 1895 = 58 Jahre; der Brigadecommandeure 1890 = 56 und 1895 = 55 Jahre, es ist also stetig zurückgegangen. Der blaue Brief steht jetzt viel häufiger als ungebetener Guest ins Haus als früher. Man ist heute vorsichtiger und wechselt gern.

Nachdem in den jüngsten Wochen die Hauptergebnisse der Berufszählung vom 14. Juni 1895 von statistischen Landeszentralstellen bereits für einzelne Bundesstaaten veröffentlicht wurden, sind nunmehr auch für das gesamte Reich diese Ergebnisse erschienen. Das kaiserliche statistische Amt veröffentlichte soeben ein besonderes Ergänzungsbuch zu den von ihm herausgegebenen Quartalsjahrheften zur Statistik des deutschen Reichs (Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin). Darin wird die Bevölkerung des deutschen Reiches nach dem Beruf zunächst auf den ersten acht Seiten teilschriftlich und sodann durch ein 117 Seiten umfassendes Tabellenwerk zahlenmäßig dargestellt.

Von unseren Kolonien. Des Flaschen-Schröder geweihter Bruder, Dr. Schröder-Pogelow, der Intimus des Silberlings Arendt, veröffentlichte in der Post eine Erklärung, worin er ausführt, daß er bei nahe zehn Jahren im Vorstand der deutsch-ostafrikanischen Plantagengesellschaft unentwegtlich im Ehrenamt mitgearbeitet habe. Es sei stets seine Absicht gewesen, sich zurückzuziehen, sobald die Gesellschaft einigermaßen gut fundiert sei. Auf die Anstellung seines Bruders habe er „seinen maßgebenden Einfluß“ gehabt; sie sei erfolgt in Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes und des Ausschusses. Auch sein Bruder habe sich aus dem Dienst zurückziehen wollen, als die Verhaftung erfolgte. Dies seien die nüchternen Thatsachen, alles andere sei Beweis und Rüstzeug der politischen Gegner. Dieser Bruder wollte sich — vor dem Buchthause, wo er jetzt sitzt, zurückziehen.

Dr. Friedrich Lange sieht jetzt die Mitteilungen, die der Börs. Kur. über sein Verhältnis zu Peters in der Gesellschaft für deutsche Kolonisation brachte, zu entkräften. Sein Gegensatz zu Dr. Peters sei schon 1895 längst eine ausgemachte Sache gewesen. Dr. Peters sei damals als leitender Direktor der Gesellschaft im besten Sinne gewesen, durch eigenmächtige Ausgaben das Finanzpese der Gesellschaft gründlich zu zerstören. Er habe die Ausschließung Peters beantragt, um nach vorheriger Verständigung mit den beiden anderen Direktoren die Kolonie in die Hände einer anderen kapitalkräftigeren Gesellschaft zu bringen. Über die beiden Direktoren hätten einen traurigen Wortsprung begangen und ihn im Siche gelassen. So sei er aus der Ostafrikanischen Gesellschaft selbst ausgeschieden. Nachher im Frühling 1897 sei infolge der fortgeschrittenen finanziellen Herrschaft die Gesellschaft doch in andere Hände, diejenigen der zeitigen Ostafrikanischen Gesellschaft, gekommen, und damit sei die leitende Stellung von Peters in der Gesellschaft ein für allemal befeiligt worden. Dr. Friedrich Lange droht, daß, wenn man von beteiligter Seite ihm Anlaß zur Veröffentlichung geben sollte, er aus den ersten Jahren der deutschen ostafrikanischen Kolonie eine Menge reizvoller Erinnerungen besitze, die nicht sein Geheimnis zu bleiben brauchten.

Über die Gesundheitsverhältnisse Kameruns berichten eingehend in den ärztlichen Mitteilungen aus deutschen Schutzgebieten (herausgegeben vom kaiserlichen Gesundheitsamt) Dr. Friedrich Plehn und Dr. Albert Plehn, die im amtlichen Auftrage an Ort und Stelle ihre Beobachtungen gemacht haben. Von 624 Erkrankungen von Europäern, die Friedrich Plehn in 1½ Jahren in Kamerun behandelt, entfielen 488 (= 70 Proz.) auf Malaria. Im Durchschnitt hatte in 1½ Jahren ein jeder Europäer fünf Malaria-Erkrankungen durchzumachen. Im August 1894 war rund die Hälfte aller Europäer in Kamerun malariatankt. Eindringlich warnt Plehn davor, daß man, wie es oft geschieht, die Bedeutung der Malaria bei den Negern unterschätze. A. Plehn hat im Jahre 1894/95 bei den Europäern im Gouvernementsdienste 288 Malaria-Ausfälle und 11 Schwarzwasserfieber beobachtet. Von Interesse ist seine Feststellung, daß die Richtbeamten in Kamerun viel häufiger als die Beamten vom Schwarzwasserfieber mit schwerem Verlaufe befallen werden. Von den Barbigen zeigten die Sudanese eine sehr hohe Empfänglichkeit für Malaria. Dringend widerrät Plehn die Anwendung des Chinins beim Schwarzwasserfieber.

Stettin, 21. September. Der Staat wird wieder mit Hochdruck gerettet. Der Anarchist Machner, der bereits in Berlin von der Polizei „beobachtet“ wurde und dann hier „vorübergehend“ verhaftet war, hierauf nach Kopenhagen fuhr, von dort aber ausgewiesen wurde, ist heute bei seiner Ankunft hier selbst auf dem dänischen Dampfer Melchior von Kriminalbeamten verhaftet worden. Die Hoffnung der Beamten, auf dem Dampfer noch mehrere andere Anarchisten zu treffen, war vergeblich. Vieles Geschrei und wenig Wollen!

Stuttgart, 21. September. Mit der Zwangorganisation des Handwerks hat sich am Montag der Verband deutscher Gewerbevereine in Stuttgart beschäftigt. Zugleich

stand der 88. Verbandstag der württembergischen Gewerbevereine dort statt. Geh. Ober-Stellvertreter Dr. Wilhelm Berlin begrüßte die Versammlung im Namen der deutschen Reichsregierung, Ober-Stellvertreter Mosbach im Auftrage der württembergischen Staatsregierung, Oberbürgermeister Mühlbach-Stuttgart im Auftrage der städtischen Behörden. In der Debatte über die Organisation des Handwerks sprach sich die größte Anzahl der Redner gegen die Vorlage aus. Schließlich wurde mit 61 gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, die die Einführung von Zwangsinningen als einen Rückschritt bezeichnet.

Strasburg i. Els., 21. September. Die reichsländische Regierung hat eine Kommission für das Handwerk zusammenberufen. Diese Kommission hat am 19. d. M. mit 15 gegen 5 Stimmen die Errichtung von Zwangsinningen abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

„Zusammenstoß“.

Wien, 21. September. Wolfs offizielles Bureau meldet: „In der Vorstadt Margareten erfolgte auf lästig einer vom christlich-sozialen Arbeiterverein veranstalteten Volksversammlung ein Zusammenstoß zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Zahlreiche Arbeiter sind verwundet worden.“

Bauern über den Dreikind. — Termin-Ploch auf dem Agrarlerntag.

Budapest, 21. September. Ministerpräsident Baussn beanspruchte am Schluss der heutigen Sitzung im Abgeordnetenhaus die Interpellation Ugron über den Besuch des Baron von Wien und sagte: „In Beantwortung der Interpellation wünsche ich vor allem festzustellen, daß der Dreikind, der seinen entschieden friedlichen Charakter allezeit betonte, unverändert und in derselben Festigkeit besteht, und daß gerade diese friedliche konservative Richtung des Bündnisses den Alliierten es ermöglicht, sich sowohl in Ansehung der allgemeinen Richtung ihrer Politik, als auch in Bezug auf die Einzelfragen die bereitwillig accepierte Mithilfe gleichgesinnter Mächte zu sichern. Bezuglich des Besuchs des Baron bin ich in der Lage erklären zu können, daß bei dieser Gelegenheit die Übereinstimmung zwischen unserer Politik und den Endzielen der russischen Politik hauptsächlich in der Richtung sich kundgegeben hat, daß beide Mächte von dem gleichen friedlichen Geiste durchdrungen sind, und was die Lage im Orient anlangt, von denselben Streben geleitet worden, daß der status quo (der bestehende Zustand) erhalten und innerhalb dessen die freie und ungefährte Entwicklung der Balkanstaaten gefördert werde.“

Im Orient bleibt also alles beim alten.

Der Ploch hat auf dem Kongress geredet. Er sagte: „Wir sind gern dem Stile der ungarischen Nation gefolgt, um hier zu beraten, durch welche gleichartigen Maßnahmen innerhalb der einzelnen Staaten dem allgemeinen Niedergang der Landwirtschaft Einhalt geboten werden kann. In diesem Sinne sind wir bereit, international zu verhandeln über die Frage, wie innerhalb eines jeden Landes die nationale Wirtschaft sich immer fruchtiger entfalten könne. Auf diesem Punkte unterscheiden wir uns scharf von der roten Internationale, die die bestehenden nationalen Gesellschaftsordnungen zerstören will, und wir unterscheiden uns nicht minder scharf von der goldenen Internationale, deren Streben darauf gerichtet ist, die Fürsten und die Regierungen sich unterhändig zu machen, um die Völker desto besser ausbeuten zu können.“ Armer Ploch! Die Junker sind keine Ausbeuter . . .

Dänemark.

Von der Volkschule.

Kopenhagen, 19. September. Der Volkschule geht es in Dänemark genau wie in Preußen — es geht ihr also sehr schlecht. Wahrhaftig bejammertwürdig war es anzusehen, wie in der letzten Session das Schulgesetz zwischen beiden Häusern hins- und herwanderte, um die verfassungswidrige Einigkeit herzustellen. Die volksgewohnte Versammlung verrichtete wirkliche Wunder an Unvorwissenheit und Opferfreudigkeit, um wenigstens etwas zu stande zu bringen.

Umsonst! Die Grafen und Barone des Landstings stellten immer unverhältnismäßige Forderungen, die im Falle der Verabschiedung die Reform einfach annulliert hätten. Und so verschied sie. Nun steht eben der Kultusminister Kardenisch den leidtragenden Lehrern mit, daß die Schulreform von der Regierung „vorläufig“ überhaupt aufgegeben sei. Arbeiter, Industrie, Handwerk, die radikalen Bauern, Lehrer, die Pastoren selbst — alle haben sie im Laufe der Zeit unzweckmäßig und energisch ein Schulgesetz verlangt. Nicht nichts — die Gutsbesitzer im Landsting wollen nicht, und die Regierung gibt allgehorjamst das Gesetz auf. Als vor einiger Zeit der Vorstand des Landes-Bauern-Vereins neu gewählt werden sollte, war auch unser Genosse Abgeordneter Lehrer Klausen aufgestellt. Er bekam nur 400 Stimmen. Wenn wiederum ein Vorstand gewählt werden soll, wird die brutale Rücksichtslosigkeit der Regierung diese Zahl hoffentlich verdreifacht haben. Vorläufig aber müssen wir uns mit dem bisherigen Schulgesetz begnügen. Es stammt aus dem ehrwürdigen Jahre 1814.

Belgien.

Eine Mederlage der Regierung.

Brüssel, 21. September. Am Sonntag hat im Wahlbezirk von Tournai eine Senatswahl stattgefunden. Das Mandat hatte bisher ein konservativer Katholik inne.

Die Liberalen haben mit 1500 Stimmen gezeigt. Das ist der erste liberale Wahlerfolg unter dem neuen Wahlgesetz, eine Thatsache übrigens, die die Befreiung des Liberalismus deutlich zeigt.

Die liberalen Organe haben keine Ursache sich zu freuen und auf einen Wiederaufschwung zu hoffen. Die Liberalen verdanken ihren Sieg der Hilfe der sozialistischen Stimmen, die 7000 bei 40000 Stimmen betrugen. Die Sozialisten haben so gestimmt, um den reaktionären Regierungskandidaten zu Jalle zu bringen.

Neue Kongogruel.

Brüssel, 20. September. Der Brüsseler Patriot, das katholische Organ, veröffentlicht einige Auszüge aus katholischer Kongressmärcare, die die schweren Auflagen, wie Abschneiden von Ohren, Händen und Brüsten durch mehrere Kongoffiziere sowie den Mädchenhandel, zur Versorgung der Harem bestätigen. Der Patriot sagt hinzug, den Missionären sei durch den geistlichen Vorgesetzten jede Enthüllung von Grenzlinien am Kongo strengstens untersagt.

Frankreich.

Marseille, 20. September. Die hier gesangengehaltenen zwei Helfer der Armenier wurden in Freiheit gesetzt und reisten nach Genf ab.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Agrarisches aus dem Mandat. In bürgerlichen Blättern steht man:

Nicht überall wurden die anlässlich der diesjährigen Herbstabnungen einquartierten Truppen so gut aufgenommen wie in der Loire. In schlechten Quartieren wurde mehrfach von den betreffenden Soldaten dem Quartiergeber irgend ein lustiger Streich gespielt. So wurden, wie ein „Dabetgewesener“ erzählte, auf einem Rittergut in der Gegend von Lommel 22 sächsische Leibgrenadiere einquartiert. Das Essen und das Nachtlager waren, wie man zu sagen pflegt, „unter aller Kanone“. Wie die Grenadiere anderen Tages das Quartier verließen, schrieb einer verblichen in großen Buchstaben über die Thür: „Hungerturm“, „Wanderer meide diese Städte“. Ein anderer malte einen Totenkopf mit Gebeinen und schrieb darüber: „Belegt mit 22 ausgehungerten Leibgrenadiere.“ Der edle Quartiergeber dürfte nicht sehr erbaut über diesen Ausdruck der „Anerkennung“ gewesen sein. Jedenfalls aber erlebt man daraus, daß unsere Soldaten auch in schlechter Lage den Humor nicht verlieren.

Der Rittergutsbesitzer wird die Grenadiere wohl nicht besser und nicht schlechter bewirkt haben, als seine Knechte und Mägde. Was würde aber unsere gute Presse sagen, wenn die Arbeiters des Rittergutsbesitzers es sich einmal befallen ließen, ihre Kost als unter aller Kanone zu bezeichnen und den Gutsbürgern so zu schildern, wie es die Soldaten gethan haben? Dann würde man es ganz sicher mit unzufriedenen und gar verhetzen Leuten zu thun haben, mit Menschen, die aus der guten alten Zeit heraußgedachten und von der Gemüthsart der Städte angestellt sind. Natürlich wollen wir nicht sagen, daß die Soldaten mit der Verbesserung zufrieden sein sollen, sondern wir meinen, daß, was den Soldaten recht ist, den ländlichen Arbeitern billig sein muß, denn die Verbesserung der ländlichen Arbeiter ist fast durchgängig „unter aller Kanone“.

Dresden, 21. September. Eine Parteiversammlung nahm Stellung zu dem bevorstehenden Parteidag. Es wurden Anträge angenommen, durch die die Delegierten des Kreises beantragt werden, für eine Befreiung des Achtuhrtagschlusses und des Proportionalwahlsystems einzutreten. Die Delegierten wurden gewählt Genosse Vogarell und Frau Eichhorn. Eine Parteiversammlung des 6. Wahlkreises wollte folgende Punkte auf die Tagesordnung des Parteidages gesetzt wissen: Erringung des Achtuhrtags, der Kampf gegen die hausindustrielle Ausbeutung, die Koalitionsfreiheit. Auch zwei von Parvus in der Sachsischen Arbeiterzeitung vorgeschlagene Resolutionen wurden angenommen. Der Kreis wird auf dem Parteidag durch die Genossen Richter-Löbau und Barthel-Löbau vertreten.

Wegen Verbreitens unzüglicher Darstellungen wurde der Buchhandlungstreuhende Eydorf zu 30 Mr. Geldstrafe, eben 6 Tage Gefängnis, verurteilt. Die unzüglichen Darstellungen wurden gefunden in Bildern des Werkes: Der Mensch und sein Geschlecht. Es wurde außerdem auf Vernichtung der zur Herstellung der Bilder benutzten Platten und Formen erkannt.

In der Protestversammlung der mit dem Urteil des Preisdichters nicht zufriedenen Aussteller der Sachsischen Handwerks- und Kunstgewerbe-Ausstellung kam es zu zahlreichen Beschwerden und zu lebhaften Ausdrücken des Unwillens gegen die Preisdichter und natürlich auch gegen die Verfüllung, „nur“ 45 Prozent der Aussteller mit Preisen auszuzeichnen. Viele an der Versammlung Beteiligte sprachen sich offen dahin aus, daß Begünstigungen von Seiten der Preisdichter geschehen seien und daß man hierfür den Beweis erbringen wolle. Jedenfalls sei in den meisten Fällen Unkenntnis und Überstülplichkeit in Sachen der Urteilsetzung bewiesen worden. Auf die Versammlung kommen wir noch zurück.

Großenhain, 21. September. Die ersten Folgen von der beschlossenen Umsatzsteuer für Konsumvereine werden auch schon vom 1. Oktober ab diejenigen Bäckermeister zu verspielen bekommen, die von dem Konsumverein „Zum Baum“ (Aktiengesellschaft) Stabatmarten für ihre Kundschaft einzutragen und dafür 8 Prozent bezahlen. Die Verwaltung hat nun an diese die Forderung gestellt, vom 1. Oktober ab die Umsatzsteuer zu tragen oder wenn das nicht geschieht, belohnen sie nach dieser Zeit keine Waren mehr. Mit dieser Angelegenheit hat sich eine Bäckerinnungsversammlung beschäftigt, in der der Antrag eingebracht wurde, daß, wer diesem Verlangen Rechnung trage, ausgeschlossen werden solle. Dieser Antrag wurde jedoch wieder zurückgezogen. Man kam zu dem Beschlusse, jede Erhöhung des Stabatmarten zurückzuweisen. Es wird nun so kommen, daß diejenigen Mitglieder und Konsumanten, die ihre Waren bisher bei solchen Bäckern kaufen, nunmehr die Bäckwaren im Konsumgeschäft holen, und die Bäcker haben den Schaden.

Ellerberg. Hier hat sich ein neuer Militärverein Kameradschaft gebildet, dem 32 Mann bis jetzt beigetreten sind. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, dem Bunde nicht beizutreten, es haben also betreffs der Konsumvereinsfrage die Mitglieder freien Spielraum. Wenn das Statut genehmigt, erhält der Verein noch weiteren Zuwachs aus den alten Militär- und Kriegervereinen.

Döbeln, 21. September. Hier tagte am letzten Donnerstag eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die sich mit der Frage der Errichtung eines Gewerbeschiedsgerichtes beschäftigte und an den Stadtrat ein darauf bezügliches Gesuch zu richten beschloß.

Reichenbach, 21. September. Eine Parteiversammlung des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises wählte zu Delegierten nach Gotha den Genossen Lange-Wylau und Frau Vogelschau.

Bittau, 21. September. Ein Parteidag des Oberlausitzer Bezirksverbands der freisinnigen Volkspartei, zu dem außer den schlesischen Wahlkreisen Görlitz-Lausitz und Rothenburg-Hoyerswerda auch die drei ersten sächsischen Reichstagswahlkreise Bittau, Löbau und Dippoldiswalde gehören, wird Sonntag den 11. Oktober d. J. in Görlitz abgehalten.

Halle a. S., 21. September. Ein Verein der Eisenbahnerarbeiter ist gestern hier gegründet worden. Bravo!

Gotha, 21. September. Den Wahlbezirk Tambach-Gotha-Meinhof haben unsere Genossen erobert.

Hierzu eine Bellage.

Sozialdem. Verein Alt-Leipzig.

Donnerstag den 24. September abends 7,0 Uhr

Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: Vortrag über: Regierungsformen. Referent: Genosse Köhre-Petzold. [7959]

D. D.

Glaser.

Mittwoch den 23. d. Mts. abends 7,0 Uhr

Oeffentl. Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht über die östnische Werkstattangelegenheit.

[7960]

2. Gewerkschaftliches und Diskussion.

Die Versammlung wird um 7,0 Uhr eröffnet.

Köhre-Petzold. [7960]

Achtung, Eisen- und Metalldreher.

Sonntag den 27. September vormittags 7,11 Uhr

Oeffentl. Dreher-Versammlung

im Pantheon, Dresden Str.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Gewindeberechnung. Ref.: Genosse A. Voos, Gleichenstein. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der Einberufer.

NB. Da dieser Vortrag für einen jeden Dreher sehr lehrreich ist es wichtig

eines jeden Kollegen, für starke Beteiligung Sorge zu tragen.

[7961]

Köhre-Petzold. [7961]

Arbeiterverein Leipzig.

Vier öffentliche Vorträge von Herrn Dr. Völkel aus Braunschweig.

Donnerstag, 24. September, abends 7,0 Uhr in den Drei Mohren, L.-Anger. Thema: Die Ideale des Lebens.

[7962]

Freitag den 25. September abends 7,0 Uhr in der Gesellschaftshalle, L.-Lindenau. Thema: Der Menschen Kampf um die Freiheit.

Sonnabend den 26. September abends 9 Uhr im Restaurant zur Nachtigall, L.-Gohlis. Thema: Spinoza.

Sonntag den 27. September abends 7,0 Uhr im 1. Vereinslokal, Münzgasse 7, II. Thema: Gegen den Pessimismus.

Die Vorträge sind für jedermann frei.

Bu zahlreichem Besuch laden ein.

Der Vorstand.

Konsumverein zu L.-Connewitz.

(Einget. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht)

Mittwoch den 28. September abends 7,0 Uhr

Fortschreibung der außerordentl. Generalversammlung vom 18. September

im Gasthof zur goldenen Krone.

Tagesordnung: Wahl von sechs Ausschäftsmitgliedern und drei Stellvertretern.

Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigen der Markenquittung gestattet.

Grauen der Mitglieder haben keinen Zutritt.

Der Ausschäftsrat des Konsumvereins zu L.-Connewitz.

St. Belitz, Vorsitzender.

[7463]

Hochachtend Adolf Vollrad.

[7463]

Altenburger Schlosskeller

Nürnbergstr. 41. Nürnbergstr. 41.

Special-Ausschank der Alten-Brauer Altenburg, prima Qualität,

sowie echt Münchener Bierwürze von Gaub und Döllinger Rittergutsbrauerei.

Mittagstisch mit Suppe im Abonnement 50 Pf.

Gesellschaftszimmer zu 20, 40 u. 80 Personen nach einigen Tagen in der Woche frei!

Hochachtend Adolf Vollrad.

[7463]

Lindenau. Lindenau.

„Restaurant Reichshof.“

Bu dem Mittwoch und Donnerstag stattfindenden Jahrmarkt

liefert Freunde und Bekannte hierzu zu regem Aufpruch ein

[7955] Karl Schmelzer, früher Schlossgartenstr., Neubn.

Restaurant zur Konkordia, Lindenau.

Lindenau, Hermannstr. 8.

Sonnabend den 26. September Schlachtfest.

Sonntag gesellschaftl. Schweinauskegeln. Gust. Schlund.

Achtung, Viehmarkt!

Na, das sieht man nahe schon! Zu dem am 28. September stattfindenden

Viehmarkt, welcher auf der Schloßwiese zu L.-Lindenau abgespalten wird, erlaube ich

mitte, auf mehr Welt-Restaurant mit Badeeinrichtung („Zum schwarzen Schimmel“) auszuschlemmen und bitte, mein großes Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. 303 Spielstätte am Platz. Abends alte Spellen gratis! Hochachtend August Seidel, Bademeister u. Restaurateur.

Hochachtend August Seidel, Bademeister u. Restaurateur.

[805]

Feinste Holländische Süßrahm-Margarine Excelsior

gesetzlich geschützte Marke

aus den Van den Bergh'schen Margarine-Fabriken Cleve

und Rotterdam ist das beste von allen im Handel vorkommenden

Fabrikaten.

Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften.

[805]

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur, Goethestrasse 7.

Berantwortlicher Verleger: Reich. Zeitung in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Am 28. d. Mts. Abschieds-Vorstellung.

Cirkus A. Krembs.

Heute Dienstag den 22. September abends 8 Uhr zum 2. Male

Der Löwe

zu Pferd als Kunstreiter.

Hagenbecks Original-Dressurnummer.

Prämiert auf der Chicagoer Weltausstellung.

vorgeführt von Mr. Penje. Zum 3. Male: Mazeppa und dessen Verbannung in die Steppen der Ukraine. Große Paradeszene in Szene gesetzt

vom Dr. A. Krembs. Außerdem reichhaltiges Programm.

Morgen Mittwoch nachmittags 4 Uhr: Sehne Gläser- und Kinder-

Vorstellung zu kleinen Preisen.

Rest. König Albertbrücke, Lindenau.

Freunde und Genossen vergelt den

ganzen Nachtdienst nicht.

[7681]

Restaurant Moltebrücke

Moltkestrasse 5.

Freunde und Bekannte vergelt nicht.

[7690]

Salon Germania, Wurzenerstr. 77.

Bringe Freunden und Genossen mein

Etablissement mit großem Zug u. stau-

searem Garten in empfehl. Erinnerung.

Biere fl., Weine hochsel., kleine vorzügl.

[6897] H. Nagel.

Restaurant z. fröh. Zeche

Lindenau, Ecke Gund. u. Tauchnitzstr.

Mittwoch Schlachtfest.

W. Schlechtfest, Wellenbach.

Abendkonzert Richard Faehn.

Mittwoch Schlachtfest.

E. Vetter, Eisenbahnhofstr. 2.

viel- u. viel den Kaiserhallen. [7951]

Fleisch- und Wurstgeschäft

Johannisplatz 8.

empfiehlt nur prima handelsübliche

Wurst- und Wurstwaren zu billigen

Tagespreisen. Gedenkt Mittwoch

Schlachtfest.

Um gütige Verpflichtigung bitte

[7947] B. Birkigt.

Bratheringe

neue, ganze Dose 8,50, 1/2, Dose 2 mit.

Aalbrücken, Bücklinge

empfiehlt billig

Vorlosballe, Windmühlenstraße 7.

Sumatra-Cigarren

1/4 Million Partie-Mare, hervorragend

in Qualität und Aroma, besonders

5-6-Pfg.-Werte, liegere 500 Stück für

nur 18 Mark franco.

haben Ausschluß-Cigarren, vorzüglichste, als

feine 6-Pfg.-Cigare, meine Speziali-

ität und seit Jahren eingeführt, liegere

500 Stück kost 25 Mk. nur 18 Mark

franco! Probierstiel à 10 Stück zu

Diensten. Nichtzu, Retournahme auf

meine Kosten.

[5886] Paul Eisenmann, Eisfeld,

Größtes Thüringer Cigarren- und

Zahnsäftr.-Verkaufsst.

Sämtliche

Gummi-waren

Bedarfs-Artikel

zur Gesundheitspflege sowie viele Neu-

heiten empfiehlt Gustav Graf, jch

zur Gesundheitspflege auf

Turnerstrasse 14. [1146]

Gummi-waren

Bedarfs-Artikel

zur Gesundheitspflege

in besserer Qualität empfiehlt

Frau Auguste Graf

nur noch Altonaerstr. 4.

Preis, ver. n. gegr. Freikouvert, n. post.

Ausverkauf.

Wegen Verlegung meines Geschäfts

Neue Betten

Dedbett, Unterbett und S

I. Beilage zu Nr. 220 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag 22. September 1896

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines. Die Eröffnungsrede auf dem vorjährigen Parteitag trug bekanntlich dem Genossen Bleibrecht eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und im weiteren Verlauf eine viermonatige Gefängnisstrafe ein. Die Sache schwelt noch in der Revisionsinstanz. Die Begründung des Urteils ist eine der neueren Erscheinungen der Rechtsprechung, die der Senatenstand nicht zu fassen vermag. Das Urteil ist auf den Dolus eventuallis aufgebaut. Der betreffende Passus des Urteils lautet: Der Angeklagte wünsche, daß derjenige Erfolg, von dem das Gesetz die Strafbarkeit abhängt mache, d. i. die von seinen Hörern ausgebende Aussöhnung seiner Worte dahin, daß auch der Kaiser die sozialdemokratische Partei . . . habe, durch seine Handlung herbeigeführt werden könne, und er war mit diesem Erfolge für den Fall seines Eintritts — daß der Erfolg tatsächlich eingetreten ist oben ausgesetzt — einverstanden, hat ihn ev en t u e l l gewollt.

Ebenso unverständlich bleiben dem gewöhnlichen Menschenstand folgende Vorgänge: In unserem Leipziger Organ erschien ein Artikel „Deutschland und Hohenzollern“, der sich als eine geschichtliche Aneignung präsentierte, und von mehreren Blättern nachgedruckt wurde. Der Artikel blieb in Leipzig unbekannt. In Breslau trug er dem Genossen Bahn 4 Monate Gefängnis ein. Der Redakteur des „Völkerwille“ in Hannover wurde freigesprochen. Desgleichen Genosse Ströbel in Kiel. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kam die Sache an das Landgericht in Kiel zurück und erfolgte nunmehr auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts die Verurtheilung zu 4 Monaten Gefängnis, während das Reichsgericht die Freisprechung in Hannover bestätigte.

Im Anschluß an die Verhandlungen des Parteitages in Breslau konstituierte sich die neu gewählte Parteileitung am 12. Oktober v. J. Die darauf begüllige Bekanntmachung wurde am 17. Oktober in Nr. 244 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre veröffentlicht. Die Tätigkeit der neu gewählten Parteileitung war nur von kurzer Dauer. Am 25. November wurde auf dem Bureau der Parteileitung, in den Wohnungen der Mitglieder derselben, bei den Vertreternen der 6 Berliner Wahlkreise, den Vorstandsmitgliedern der 6 Berliner Wahlvereine, der Berliner Pres- und Lokalkommission, sowie den Mitgliedern der Brandenburger Agitationskommission Handschaltung gehalten und am 30. November über alle genannten Abverschaffungen die vorläufige Schließung verhängt, wegen Verstoßes gegen § 8 des preußischen Vereinsgesetzes.

Der Ausgang des am 15., 16. und 18. Mai dieserhalb durchgeföhrten Prozesses ist bekannt. Die Parteileitung — Vorstand und Kontrollen — wurden zum Verein gesempelt, der sich vorstehenden Vergehens schuldig gemacht habe und wurde auf dessen dauernde Schließung erlassen. Die Sache schwelt noch in der Revisionsinstanz.

Eine Kritik dieser unter Köller'schen Regelung eingeleiteten Aktion erhebt sich. Es genügt zu bemerken, wir waren seit dem unter den Tischfallen der Umsturzvorlage daraus vorbereitet. Der Schlag, der die Partei in ihrem Lebenskern treffen sollte, war ein Schlag in die Luft. Die Teilung der Partei ging unmittelbar auf die Reichstagsaktion über. Am 30. November gab der Parteivorstand die Einstellung seiner Tätigkeit bekannt und am 4. Dezember veröffentlichte die Fraktion ihre gefassten Beschlüsse, nach welchen der Fraktionsvorstand, mit der Fertigung der politischen Geschäfte und der in Hamburg eingeführten geschäftsführenden Ausschuß, bestehend aus den Genossen Förster, Ahnen und Mollenbuhr, die sich später die Genossen Gerisch und Pionier kooperierten, mit den Verwaltungsgeschäften betraut wurde. Als wenn nichts vorgesessen wäre, ging alles seinen gegebenen Gang.

Nach dem am 24. März 1894 erfolgten Verbot der „Elster-Löhringischen Volkszeitung“ führten die Genossen der Freiheitshalle den „Offenburger Volksfreund“ als Partei-Organ ein. Nach kaum 1½-jähriger Existenz verließ er dem gleichen Schicksal seiner Vorgängerin. Unab, den Diktaturparagraphen wieder in Erinnerung zu bringen, bot den Behörden die am 7. Oktober 1895 erfolgte Ermordung des Mülhauser Industriellen Schwarz durch einen entlassenen früheren Arbeiter. Der Mord war, wie gerüchtig festgestellt wurde, ein Akt persönlicher Rache, er stand nicht im leisesten Zusammenhang mit der Parteibewegung. Nichtsdestoweniger versuchte das als Regierungsbüllt geltende Organ die Rechtfertigung der Unterdrückung des „Volksfreund“ mit der Behauptung, der Mörder Meyer sei Leser des „Volksfreund“ gewesen und hätte den Entschluß der unseligen That unter dem verirrenden Einfluß einer planmäßigen Hege gegen die Fabrikanten gefaßt. Hätte man geschwiegen, es wäre besser gewesen. Das geschah unter dem Druck des Herrn v. Büttner in der Sitzung des Reichstages vom 30. Januar 1895, den Inhalt des „Volksfreund“ als „mote Blumone“ gegenüber der früheren „Elster-Löhringischen Volkszeitung“. Aber wofür wäre der Diktaturparagraph da, wenn er nicht sollte angewendet werden, kam doch ein sozialdemokratisches Blatt in Betracht.

In die Presse sprang die Verwaltung der Mannheimer „Volksstimme“. Der Gewaltstreich gegen den „Volksfreund“ war die Ursache, daß ein lange gebroter Wunsch der reichsländischen Genossen in Erfüllung ging. An Stelle des dreimal wöchentlich erscheinenden „Volksfreund“ erhielten die Genossen über Nacht ein täglich erscheinendes Organ.

Infolge der aufsteigenden Konjunktur war das Jahr reich an Lohnkämpfen. Die Berliner Arbeiterschaft stand dabei in der vorderen Reihe mit. Hauptfächlich war es der Streik der Konsolidationsarbeiter, der die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog und dem durch die Bloßlegung der in der Konsolidation herrschenden Schäden, vor allem durch die in derselben gezahlten Hungerlöhne, sich die Sympathie aller derer zuwandte, die noch nicht gänzlich dem Götzendienst des goldenen Kalbes verfallen waren. Die öffentliche Meinung, die fast ungeteilt auf Seiten der Streikenden neigte, veranlaßte selbst die Nationalliberalen zu einer politischen Aktion.

Am 12. Februar d. J. stand im Reichstag die folgende von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation zur Beantwortung:

Im Verlauf des Beschlusses des Reichstags vom 11. Mai 1895 sind dem Reichstag am 28. April 1897 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angestellten Ermittlungen über die Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer der Wäschefabrikation und der Konsolidationsbranche, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Mähsäden etc.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer und über die Höhe der dabei berechneten Preise eingegangen.

Nochmals sich die Lage dieser Arbeitnehmer seit jener Zeit noch ungünstiger gestaltet hat, richten die Unterzeichneter die Anfrage an die verbündeten Regierungen:

welche gesetzbergschen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gewinnabilität und Sittlichkeit und gegen Ausbeutung dieser Arbeitnehmer durch das Truhsystem zu ergreifen beabsichtigen?

Im Verlauf der Debatte erkannte der damalige preußische Handelsminister Herr v. Berlepsch den Streit als einen bezeichneten an. Die Thatsache verdient um deswillen registriert

zu werden, als zehn Jahre früher von derselben Stelle aus, von dem damaligen preußischen Minister des Innern, v. Büttner die Behauptung aufgestellt wurde, hinter jedem Streit lauere die Hydra der Revolution.

Noch ein anderer Vorgang sei erwähnt. Der Magistrat von Würzburg sah sich in seiner Sitzung vom 21. Februar veranlaßt, seine Sympathie der Bewegung der Berliner Konsolidationsarbeiter auszudecken und das Gesuch der Gewerkschaften, eine öffentliche Geldsammlung zu veranstalten, bei der Kreisregierung zu befürworten. Ein Vorgang in Deutschland, bis jetzt einzig in seiner Art. Ein Gewinn ist der Propaganda aus dem Streit erwachsen, es ist die dem leichten Arbeiter zum Bewußtsein gekommene Überzeugung von der Treuloseit eines großen Theiles des Unternehmertums.

Die Palme, an der Spitze der Reaktion zu marschieren, läßt sich Sachsen nicht freiwillig machen. Die Befreiung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur sächsischen Kammer war von langer Hand geplant. Die Wahlrechtsvergleichung sollte das Korrelativ für die vom Reichstag abgelehnte Umsturzvorlage für Sachsen bilden. Am 4. Februar 1896 wurde die Vorlage in der II. Kammer am 18. März zur Annahme gelangt.

Die Gegenagitation wurde von den Parteigenossen in der kräftigsten Weise geführt. Zu den ersten Versammlungen, in denen die Genossen Bleibrecht und Babel in den Vororten bei Leipzig referierten, waren Beifallsausbrüche herbeigeföhrt. Die Versammlungsräume vermochten die Demonstranten nicht zu fassen.

Seither fand die Wahlrechts-Agitation einen die Genossen nicht allzuzeitig befriedigenden Abschluß. Während der eine Theil der sächsischen Genossen es für zweckmäßig und notwendig erachtete, auch unter den verschlechterten Verhältnissen den parlamentarischen Kampf unentwegt weiter zu führen, hielt es der andere Theil für am geradhesten, die Verschlechterung des Wahlrechts mit den sofortigen Niederlegung der im Besitz der Partei befindlichen Mandate zu beantworten.

Neben der großen Aktion der Wahlrechts-Verschlechterung laufen die kleinlichen Maßnahmen. Wir verweisen nur auf die am 6. Juli verfügte 2jährige Ausenthaltsbeschränkung des Genossen Hofmann in Chemnitz. Sachsen gebürtiger Rubin, den § 21 des ehemaligen Sozialistengesetzes in das gemeine Recht hinsübergetreten zu haben.

Auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens geht der Geist Teuffendorfs wieder um. Nicht nur allein in Sachsen, wo in Reichenbach einem Redner von dem überwachenden Beamtens das Wort entzogen wurde, well dem leichter die Sprachweise des Redners, der schreitende Ton irrlichte, sondern auch in Preußen, Bayern und auch neuerdings in Baden, werden die verwunderlichsten Versammlungsverbote erlassen oder gewerkschaftliche Verbände zu politischen Vereinen oder öffentlichen Versammlungen zu Vereinsversammlungen erklärt. In Waldheim wurde die Fassalfeier verboten, weil Lassalle wegen Aufreizung bestraft und eine Verherrlichung desselben ein Mittel sein würde, den von der Sozialdemokratie großgezogenen und genährten Habs der arbeitenden gegen die beflockten Massen zu schützen. Der Zweck ist ein offensichtlicher. Die Theilnahme des weiblichen Geschlechts am politischen Leben und die Ablösung der die Agitation übernden Feste soll unmöglich gemacht werden. In Bayern ist ein derartiges Vorgehen schon längst ständige Praxis geworden. Preußische Land- und selbst fortwährlende Stadtämter haben es in der Kultivierung des Nachahmungstriebs auch weit gebracht. So mußten die Harburger Genossen, die einen Ausflug nach der Wiege gemacht hatten, auf den Tanz verzichten, weil die Veranstaltung von dem Landratsamt des Kreises als eine vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Versammlung angesehen wurde, an der Frauen, Schülern und Lehrlingen die Theilnahme verboten sei. In Hannover und Hildesheim wurden nicht nur die örtlichen Wahlstellen gewerkschaftlicher Verbände als politische Vereine erklärt, sondern auch öffentliche Branchen-Versammlungen, wie die der Buchbinden, als öffentliche Versammlungen eines politischen Vereins angesehen und als der geforderten Entfernung der Arbeiterinnen nicht Folge gegeben wurde, die Versammlung aufgelöst.

Allm' die Krone setzt ein Vorgang im Kreise Mettmann auf. Dort war die Fassalfeier den Genossen in Winkelwühle verboten. Der Wirt des Lobsal veranstaltete ein Freikonzert, was als eine Übung des Verbots betrachtet wurde und kurzerhand die Auflösung der Wurststücke der Wurstinstrumente erfolgte. In Düren wurde die Feste ebenfalls verboten und eine auf den 30. August einberufene öffentliche Versammlung als solche des Vereinsgesetzes Anwendung finde. Der die Versammlung gezeichnete Herr war früher Vorsitzender des Vereins der freikundigen Volkspartei. Nicht kann man nicht verlangen. Nach alledem ist mit der Thatsache zu rechnen, daß die Agitation und namentlich die Organisation unter den Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Wie es scheint, soll die Theilnahme der Arbeiterinnen am Klassenkampf der Arbeitersklasse mit Hochdruck verhindert werden. Vergleichliches bemühen.

Eine einheitlich betriebene Agitation gegen die Gesindel-Ordnungen scheiterte blöher an der Vielseitigkeit und Unvorsichtigkeit der letzteren. In jedem Lande, in fast jeder Provinz weisen die Gesindel-Ordnungen andere Bestimmungen auf. Den Kampf gegen dieselben haben deshalb die Genossen in Versammlungen und in der Presse, je nach Ort und Beschaffenheit der Verhältnisse nach eigenem Ermessens geführt. Es wird in der selben Weise auch fernherin versucht werden müssen.

Den Handlungen der Einzelstaaten ist die Aufgabe zugewiesen, das Verbot des Inverbindungtretns der politischen Vereine zu beseitigen. Bei der Zusammensetzung der Landtage ist jede Erweiterung des Vereins- und Versammlungsbuchs über das vorbeschriebene Maß hinaus ausgeschlossen. Soll es anders werden, muß das Klasse-Wahlrecht besiegelt werden. Deshalb bietet die in die Landtage verlegte Forderung des Vereins- und Versammlungsbuchs für die Genossen eine günstige Gelegenheit, mit aller Kraft und Nachdruck in die Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzutreten.

Der von dem Parteitag der Parteileitung gewordene Auftrag: Geeignete Personen mit der Aufgabe zu betrauen, daß über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieser Studiums als „Sammlung agrar-politischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ zu veröffentlichen, ist in die Wege geleitet.

Agitation. Von jeher haben die Genossen dem Parteitag für die Gegend, wo derselbe abgehalten wird, hohen agitatorischen Wert beigelegt. Daher der jährliche Wechsel in der Wahl des Ortes und die Konkurrenz der Parteiorte um die Ehre der Abhaltung des Parteitags.

Vor und nach dem vorjährigen Parteitag wurde von den auf der Hün. und Herreise befindlichen Delegirten hauptsächlich in Schlesien eine intensive Agitation betrieben. So viel Delegirte auch Meister übernommen, alle eingelaufenen Wünsche konnten Berücksichtigung nicht finden.

Die Nachfrage nach Referenten ist bei der Parteileitung eine stets rege. Den Anforderungen könnte vielfach besser genügt werden, - verlangten die Genossen nicht stets, einen Reichstag-Abgeordneten haben zu wollen. Die wenigsten unserer Abgeordneten befinden sich in unabhängiger Stellung. Die Ausübung des Mandats verursacht vieler eine unliebsame Störung ihres bürgerlichen Berufes, die sie auf das geringste Delikt zu verkürzen trachten. Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, weshalb die Agitation auf den Schultern einiger Weniger ruhen bleibt. Diese Wenigen müssen deshalb bestreitbar angespannt werden, um den gestellten Anforderungen zu genügen.

Zur Unterstützung der inüblichen Weise die Flugblattverteilung. Die Unterstützung der Parteileitung hierzu wurde von den Genossen in der Mark, in Pommern, der Provinz Sachsen, in Hessen, dem Saargebiet und in Ostpreußen in Anspruch genommen. In letzterer Provinz wurde ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet.

In Sachsen und Preußen wurde seitens der Behörden methodisch gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen, hauptsächlich bot in Preußen die in Kraft gebliebene Bestimmung des preußischen Preschegesetzes, wonach eine Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen, von der Gewalt der Ortspolizeibehörde abhängig ist, die Handabe. Erhöhung fand vorliegende Bestimmung in einzelnen Provinzen durch die Anwendung hundert Jahre alter Sabbathordnungen und des von der Verübung groben Unfalls handelnden § 800 des Strafgesetzbuches.

Als Kampfpartei haben wir darauf zu achten, daß der zentralen Organisation der Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch läßt sich nicht alles schablonenmäßig von einer Zentralstelle aus leiten. Die Bildung von Kreis- und Provinzial-Agitationskomitees war die Folge, und sie diesen die Betreuung der Agitation zu. Es trat somit allmälig eine in der Sacheverhältnisse veränderte Dezentralisation ein, die in den Parteitagen der Provinzen und Einzelparteien ihre Spur sandt und erhält.

Möher den im laufenden Monat noch stattfindenden Parteitagen für das westliche Westfalen, für beide Mecklenburg und Lippe, sowie für Brandenburg und Braunschweig, haben für alle Landesteile Provinzial- und Landes-Parteitage stattgefunden.

Bei alledem können wir nicht unterschaffen, den Genossen die Pflege des Systems der Vertrauenspersonen warm aus Herz zu legen. Viele Parteiforts erinnern sich nicht der aus den §§ 4 und 5 des Organisationsstatuts ergebenden Pflichten gegenüber der Parteileitung. Die Parteileitung würde in Erfüllung ihrer Aufgaben eine wesentliche Stütze finden, würden die Vertrauenspersonen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Situationsbericht an dieselbe einenden.

Der schriftliche Bericht der Genossen mit der Parteileitung bewegte sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die durch die Schließung des Parteivorstandes verursachte kleine Störung fand sehr rasch ihre Ausgleichung.

Zum übrigen war das Bild der Bewegung das gleiche wie immer. Maßregelungen, verursacht von einem dannen und brutalen Probenbum, sollen in der Person die Sache treffen. Jeden dieser Bubenstreiche konnte die Partei parieren.

Wahlen. Ein die Agitation förderndes Mittel sind die Wahlen, bei denen die Genossen ihre Kraft erproben und Erfolge erringen können. Bei acht Nachwahlen zum Reichstag war die Partei engagiert. Und zwar in Dortmund, Hersfeld-Halle, Mayen-Uhrwerder, Osnabrück, Neu-Kuppin-Tempelin, Ansbach-Schwabach, Iserlohn, Schwerin und Halle a. d. Saale. Letzterer Kreis, der uns 1895 verloren ging, wurde glänzend im ersten Wahlgang zurückerobern, und Dortmund, der lang umstrittene Kreis, den Nationalliberalen in der Stichwahl abgenommen. Der Sieg in Dortmund war ein harter Schlag auf das Haupt der Schlossbarone.

Die Behauptung der Krautjunker, an dem antikollektivistischen Schadel der Bauern breche sich die sozialdemokratische Hochstule, ist durch die Nachwahlen ad absurdum geführt. In den fast rein ländlichen Wahlkreisen Hersfeld-Halle und Kuppin-Tempelin hat eine Steigerung unserer Stimmen um 800 bzw. 700 stattgefunden. In drei weiteren Kreisen — Brandenburg, Mainz und Bielefeld — stehen Nachwahlen bevor. Während es gilt, Mainz zu behaupten, ist ein Sieg in Brandenburg nicht ausgeschlossen. Auch in Gießen hat die Partei durch die Einführung der „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung“ große Fortschritte gemacht, die zu den schönen Erwartungen berechtigen.

Den im vorjährigen Bericht angegebenen Bestand unseres Parteis in den Landtagen der Einzelstaaten haben wir behauptet. Bei den am 17. Oktober v. J. stattgefundenen Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtag ging uns zwar Kreismitzau verloren; wir eroberen aber dafür Dresden III. Bei der Nachwahl im Kreise Merseburg-Limbach am 25. Februar d. J. fiel uns dieser Kreis mit 800 Stimmen Mehrheit zu.

Mit dem Sieg im Kreise Georgenthal eroberten unsere Bolzauer Genossen den zweiten Sitz im Landtag. Formaler Verlust wegen konnte der Verwaltung nicht gelingen. Die bevorstehenden Neuwahlen in Gotha bieten den Genossen Gelegenheit, ihre Niederschrift mit den Gegnern aufs neue zu begleichen.

In Hessen sind die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtagswahlen im roten Gang. Die Aussichten sind günstig.

Im Württemberg ist durch den Tod des Genossen Glasen das Gauplatz-Mandat frei geworden. Dasselbe wird hart umstritten. Kandidat der Partei ist Genosse Lautscher, einer der alten Garde.

Mehr noch wie in die Landtage gelang es den Genossen, sich Eingang in die Gemeindevertretungen zu verschaffen. Diese Thatsache ist Beweis dafür, daß in den Kreisen des Kleinstücks sich die Einsicht von seiner wirtschaftlichen Haltlosigkeit Bahn bricht und in stetig wachsender Zahl unserer Partei zuwendet.

Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen in Berlin behauptete die Partei ihren Besitzstand, obwohl die Freikundigen die verhältnismäßig hohen Anstrengungen machten, uns zu werben. Wir verloren zwar einen Bezirk, gewannen dafür aber einen anderen. In allen Bezirken hatten wir einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Leipzig eroberten wir 6 neue Sitze, in Karlsruhe 12 und in Pforzheim 16 Sitze, demzufolge es den Genossen gelang, zwei Sitze im Stadtrath mit Genossen zu besetzen.

Auch in einer Reihe reichsländischer Orte war die Partei siegreich. Es wurden gewählt in Mühlhausen 2, Marburg 5, Kolin 1, Straßburg 8 und Saargemünd 8 Genossen.

Ein weiteres Gebiet, ihre Kraft und ihren Einfluß zu erproben, bieten den Genossen die Wahlen zu den Gewerbegerichten. Mit einzelnen Ausnahmen in Orten mit streng ultramontaner Bevölkerung blieb die Partei in der Kasse der Arbeitnehmer zu den Gewerbegerichten vielfach sogar unbestritten Sieger.

Gegenüber der sonst anzuerkennenden Regelmäßigkeit und Bevölkerung des Pfleißteils der Genossen, ergaben die diesjährigen Wahlen in Braunschweig ein Minus von 800 und in Bremen sogar von 800 Stimmen gegen die vorletzten Wahlen. Das dierte nicht vorfallen. Die Genossen haben bei allen Aktionen stets

die volle Thatkraft einzusehen, um sich vor Überrumpelungen zu schützen.

Neben der Rechtfertigung in gewerblichen Streitfällen kann das Gewerbegefecht als Einigungskant bei Streiks usw. angerufen werden, wie das in den letzten Monaten vielfach geschehen ist. Sich in dem Gewerbegefecht klassenbewusste Arbeiter, so wird es den Unternehmern niemals gelingen, durch Blöme und Schläge die Ursachen des Streiks zu verschleiern und das Kampffeld zu verteidigen, eine Gefahr, die immer besteht. Zu erwähnen ist noch, daß die Genossen eifrig bemüht sind, die Verwaltung der Ortschaften zu beeinflussen. Dieser lobenswerthe Eifer ist eine glänzende Widerlegung der von unseren Gegnern ständig wiederholten Verleumdung, unsere Partei negire die durch die Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebotenen Vortheile.

Wie unangenehm den Unternehmern diese Bestrebungen sind, das gilt eben die elenden Verdächtigungen Beugut, die periodisch in den kapitalistischen Organen wiederkehren, und die dahingehen, es sei den Sozialdemokraten nur darum zu thun, ihre Führer in sichere Brotspeisen zu bringen. Gönnen wir unseren Freunden ihren Eifer über die wachsende Bedeutung unserer Partei und freuen uns, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, die bestimmt sind, und den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese zu bester Fahrt aufzubauen. Wir können den Genossen nur raten, auf dem eingeschlagenen Kurs das Steuer mit fester Hand zu führen.

Die Maifeier. In bezug auf die Maifeier beschloß der vorjährige Parteitag: „Als vorjähriges Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.“

Der eingetretene geschäftliche Aufschwung gestattete den Arbeitern, dem Beschlusse in umfassender Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in aufgehobtem Maße. Berlin marschierte an der Spitze. Die Brüderchen wettbewerben miteinander. Verständigervweise willigten zahlreiche Unternehmer auf erfolgte Vorstellung der Arbeiter ein, ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzstädten erreichte der Besuch der Morgenveranstaltungen eine 2000 Personen überschreitende Teilnehmerzahl.

Das teilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Aufforderung der Parteileitung an die Parteigenossen, die aufsteigende Konjunktur für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai nutzbar zu machen, hatte die Presse der Großbourgeoisie aus Hand und Band gebracht. Allen voran waren es die Bismarckorgane, die bald wuthschauend, bald bittend und flehend, Unternehmertum und Staatsgewalt beschworen, dem Bestreben der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Echo fanden diese Thesen nur bei den Ruhmänner, die jeden am 1. Mai Feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit bedrohten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschrecken und beantragten in den Fällen, wo die Unternehmer, um ihr Prestige zu wahren, den Feiernden als Strafe einen dreitägigen Arbeitsausfall beschritten, mit Niederlegung der Arbeit. Die Arbeiter fanden rasch in der Konfrontenz „liebevolle Aufnahme“.

Einige Innungen, die vermeinten, hinter den Ruhmännern nicht zurückzufallen, sahnen zwar Resolutions gegen die „unvollmäßigen“ und in ihren Forderungen „unverschämten“ Arbeiter, aber damit hatte es sein Bewenden. Das lärmende Auftreten der Hermen täuscht niemand mehr über ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit. Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung der Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuwiesen, hat sich bewährt und ist den Genossen zur Nachahmung zu empfehlen.

Die Parteipresse. Wie die unten folgende Tabelle gaffernmäßig ausweist, hat die Zahl der erscheinenden Organe eine Verminderung erfahren. Sowohl die Zahl der politischen wie der gewerkschaftlichen Blätter hat sich um je drei verringert. Wer jedoch auf diesem Rückgang auf Verminderung und Schwächung der Bewegung in den bezüglichen Kreisen schließen wollte, würde zu einem Fehlschluss kommen.

An Stelle der eingegangenen Blätter ist im Eisenacher Kreis das „Gothaer Volksblatt“, in Wurzen die „Leipziger Volkszeitung“ und im Kreise Zeitz-Lauba-Wilsdruff-Wilsdruff das Haller „Volksblatt“ eingeführt. Man kann mit Zug und Recht behaupten, hat in den drei Kreisen auch die Quantität, vorerst die Auslage eine Einbuße zu verzeichnen, so wird dieser Ausfall durch die Qualität des den Lesern Gebotenen mehr als weit gemacht. Die begründete Aussicht ist vorhanden, daß in kürzer Zeit der frühere Abonnentenstand nicht nur erreicht, sondern überboten sein wird.

Hast scheint es, als wenn den gemachten Erfahrungen von Seiten der Parteigenossen nicht die nötige Beachtung geschenkt wird. Anders ist es nicht zu verstehen, daß man in verschiedenen Partei-Orcen sich mit der Frage der Herausgabe eines Blattes beschäftigt, ohne auch nur die Mittel der ersten Einrichtung zu besitzen. Eine nochmalige nachdrückliche Warnung an dieser Stelle erscheint deshalb angebracht. Sie findet vielleicht bessere Beachtung als die im geschäftlichen Bericht mit den Genossen ertheilte. Wie sehr die erhaltenen Warnungen am Platze waren, lehrt außerdem ein Blick auf die Zuwendungen, die der Presse aus der Parteikasse gemacht werden müssen. Bei der Vergleichung mit der vorjährigen Ausgabe für die Presse ist noch in betracht zu ziehen, daß im verflossenen Geschäftsjahr nur halbjährige Auswendungen für den „Sozialdemokrat“ in Rechnung stehen.

Der Eingang der drei Gewerkschaftsblätter ist ein direkter Gewinn für die Gewerkschaftsbewegung. Er wurde bedingt durch die Verschmelzung dreier kleiner Verbände mit bestehenden größeren verwandten Berufsgenossen.

Die folgende vergleichende Tabelle gibt gaffernmäßigen Aufschluß über den Stand der Parteipresse.

Es erschienen:

a) Politische Blätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 6 Mal	27	32	32	37	39	41
" 8 "	28	20	25	20	20	17
" 2 "	7	6	7	9	8	9
1 "	10	12	11	8	9	6
alle 14 Tage	1	—	—	—	—	—
	68	70	78	74	76	78

b) Gewerkschaftsblätter:

	1891	1892	1893	1894	1895	1896
wöchentlich 8 Mal	1	1	1	1	1	1
" 2 "	24	28	28	27	27	27
monatlich 8 "	8	8	2	2	2	—
alle 14 Tage	22	20	19	19	18	19
alle 8 Wochen	—	—	—	—	1	—
monatlich 1 Mal	4	8	5	4	5	2
	64	58	55	58	53	50

Als wissenschaftliche Blätter erscheint wöchentlich bei J. F. W. Diez in Stuttgart die „Neue Zeit“. Der Förderung gefundenen Bild und Humors dienen der „Wahrer Jakob“ und der „Süddeutsche Postillon“, ersterer bei Diez, Stuttgart, letzterer in München bei Ernst erscheinend.

Die in Breslau beschlossene Herabsetzung des „Neue Welt-Kalenders“ auf 40 Pf. hat die erhöhte Steigerung der Nachfrage gebracht. Die auf 120 000 vorgesehene Auflage war bereits Ende Oktober vergriffen. Ein Nachdruck mußte aber aus technischen Gründen unterbleiben. Nach den gemachten vorjährigen Erfahrungen ist die gegenwärtige angelegte Auflage auf 140 000 fixiert worden.

Die wöchentlich erscheinende illustrierte Unterhaltungsbeilage „Neue Welt“ erscheint seit dem 1. März d. J. unter der Redaktion des Genossen Edgar Steiger. Die Beilage umfaßt jetzt 12 statt früher 8 Seiten. Die Vergrößerung des Umfangs wurde bedingt, um einer reicher und gewohnter Auswahl von Text und Illustrationen entsprechen zu können, ein Wunsch, in dem sich Lefer und Redaktion begegneten. Die Vergrößerung und Ausgestaltung des Blattes hat eine starke Steigerung der Herstellungskosten verursacht; da eine Erhöhung des Bezugspreises nicht stattgefunden hat, mußte das aus der Vergrößerung sich ergebende erhebliche Defizit aus der Parteikasse gedeckt werden. Es wird Sache des Parteitages sein, zu erwägen, ob in dieser Beziehung eine Rendierung vorausnehmen ist.

Zu den im vorjährigen Bericht aufgeführten Gegenden, in denen die Genossen sich die Herausgabe und unentbehrliche Verbreitung von Landes- oder Provinzialkalendern angelegen seien, ließen, die den besonderen Verhältnissen angepaßt, sind einige weitere hinzugekommen. Der Kalender ist ein dequemes und sehr begehrtes Agitationsmittel geworden.

Aus der unten angefügten Abrechnung des „Vorwärts“ ergibt sich, daß das Budget desselben sich fast auf gleicher Höhe wie das vorjährige bewegt. Obwohl in runder Summe eine Uebernahme von 88 000 M. erzielt wurde, so war der sich ergebende der Parteikasse zu gute kommende Überschuss doch um rund 3500 M. geringer geworden, da die Ausgaben ebenfalls um 40 456 M. gestiegen sind. Letztere ergeben sich aus der Veranstaaltung zahlreicher Beilegen, die durch die parlamentarischen Berichte und thälfältige Unterstützung der Wahlkämpfe notwendig waren.

	Juli-September 1895	Oktober-Dezember 1895	Januar-März 1896	April-Juni 1896
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder durch die Expedition	92958,70	86358,60	100204,92	98580,20
Abonnementsgelder durch die Post . . .	8290,80	10469,20	11078,—	9861,80
Interralen-Einnahme . . .	25006,95	38240,40	84541,85	88119,65
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition . . .	876,95			
Gesamt-Einnahmen M.	125705,95	141122,15	145822,60	146011,15

	B. Ausgänge:			
Diverse Unlofoten:				
Poste für Kreisänder, Gebühren für Lieferwagen, Post- und Depeschen der Redaktion, Telefon, Steuern, Belohnung, Kaufmännische der Redaktion, Schreib-Utensilien, Gesellschaftsbriefe, Formulare u. s. w.	4605,45	5508,25	6115,85	4742,10
Zeitung-Aboimmung . . .	846,—	859,80	888,76	829,45
Berichterstattung-Honor. . .	6972,60	9211,05	8541,85	7245,80
Teuillot . . .	712,05	665,40	928,80	977,40
Mitarbeiter . . .	12105,10	12216,75	18584,50	18094,95
Depeschen und Parciments-Berichte . . .	640,—	780,80	1170,80	1457,45
Neue Welt . . .	6558,40	6992,60	7180,80	7055,70
Gehälter d. Expedition . . .	2512,—	2897,—	2468,—	2468,—
Miete . . .	1125,—	1125,—	1215,—	1215,—
Gerichtskost. u. Strafen . . .	944,75	772,40	1106,20	1525,70
Redaktionsbibliothek . . .	166,55	185,50	8,25	505,75
Druckrechnung . . .	78090,45	90188,90	94189,90	80321,25
Gesamt-Ausgabe M.	110898,25	180112,45	184813,70	180968,55
Gewinn . . .	15012,70	11008,70	11008,60	15042,60
wie oben unter A M.	125705,95	141122,15	145822,60	146011,15

Der Gesamt-Ueberschuss beträgt 52 079,60 M.

Berlin, den 18. September 1895.

Auf Ersuchen des Partei-Ausschusses revidirt und mit Belegen richtig besunden.

H. Meister. Klara Zettlin. Erd. Dubber.

Die Preiskommission hat nach dem im Projekt Auer und Genossen gefärbten Urteil, daß die vorläufige Schließung derselben aufgehoben, ihre Thätigkeit in dem früheren Umfang wieder aufgenommen.

Die Begleichung der Außenstände von dem „Sozialdemokrat“ steht noch an vielen Orten aus. Wiederholte Mahnungen sind bisher fruchtlos geblieben. Die neu zu wählenden Parteileitung wird den Versuch machen müssen, unter Weihlufe der Vertragsleute die Beiträge einzutreiben. Insgesamt stehen noch aus 1892,12 M.

Die Schlussabrechnung unseres Central-Wochenblattes „Der Sozialdemokrat“ pro Juli 1895 bis 30. Juni 1896 ergibt folgendes Resultat:

	Juli-Sept. 1895	Okt.-Dez. 1895	Jan.-März 1896	April-Juni 1896
A. Eingänge:				
Abonnementsgelder . . .	4058,98	4025,84	771,98	50,45
Parteizuschu . . .	2787,78	3886,26		

2. Beilage zu Nr. 220 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 22. September 1896.

Die Delegiertenwahl zum Gothaischen Parteitag.

Deffentl. Parteiversammlung im Pantheon zu Leipzig am 21. September.

Da kein Referent zu dieser Versammlung berufen worden war, so trat man gleich in die Diskussion ein.

Genosse Greng schlägt vor, daß jeder Redner sich zu den bestimmten Punkten der Tagesordnung des Parteitages äußern und daran kann auch seine eigenen Wünsche oder Anträge kundtun möge.

Genosse Friedemann unterbreitet der Versammlung folgenden Antrag:

Alle Parteigenossen, welche in der Partei öffentliche Amtier hielten, müssen politisch wie gewerkschaftlich organisiert sein. Insbesondere gilt dies für Medailleure, Mitglieder von Agitation-, Matrosen- und Preskomitee, wie auch Delegierte für Vandeskonferenz, Parteitag und internationale Kongresse. Genossen, welche für ihren Beruf eigene gewerkschaftliche Organisationen nicht haben, wird aufgegeben, sie einen ihrem Beruf am nächsten liegenden Organisation anzuschließen.

Er fügte hinzu, der Antrag sei nicht lediglich für die Verhandlung auf dem Parteitag bestimmt, sondern solle, was wichtiger sei, für diese Versammlung gelten; ebensoviel solle er einen Drang für die armen Genossen enthalten; die kaum die paar Pfennige für die Organisation noch aufbringen könnten, sondern er gäbe auf diejenigen Genossen, die in hervorragender Stellung sich befänden, ohne organisiert zu sein. Es sei die Pflicht eines jeden, dem es irgend möglich sei, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, denn sie traktien gerade an der Bauheit der Außenstrenge.

Genosse Schönlank wandte sich gegen diese Neuerungen, indem er darauf hinwies, daß nach Friedemanns Antrag Parteigenossen wie Bebel, Auers, Liebknecht nicht mehr in der Lage seien wieder, in Parteikreisen oder als Abgeordnete thätig zu sein, denn Bebel sei nicht mehr Dresdner, Auers nicht mehr Satitzer, und für Medailleure gäbe es keine Gewerkschaft. Es käme wesentlich nur darauf an, daß die Inhaber der Parteidämter wirklich Parteigenossen seien, und diese Voraussetzung sei durch politische Organisation erfüllt.

Der Gothaische Parteitag, so fuhr der Redner fort, werde in erster Linie ein wissenschaftlicher Geschäftstag sein. Große Fragen principieller Natur — abgesehen von der Frauenfrage — ständen nicht auf der Tagesordnung, sondern solche der geschäftlichen Thätigkeit, der Organisation, der Regelung innerer Angelegenheiten.

Es komme zur Verhandlung zunächst der parlamentarische Bericht, der indirekt schon erzielt sei durch die geschlechtsvergleichende einzelnen Abgeordneten in ihren Wahlkreisen.

Der Geschäftsbericht der Parteileitung sei leider noch nicht erschienen, man könne also auch noch nicht Stellung dazu nehmen, sondern müsse sich auf Vermutungen über seinen Inhalt beschranken. Eingehend werde er sich wohl mit den Parteidämmen befassen und dabei wäre die nicht unbedeutende Klage zu erwarten, daß einzelne große Orte nicht mehr so reichlich zu der Kasse beigesteuert hätten, wie früher.

Auch über die Organisation der Partei werde verhandelt werden, jedoch könne das nur eine Vorbereitungssdebatte sein, weil erst die Frage der Abänderung des Landes-Wahlgesetzes abgewartet werden müsse.

Die Frage des Proportionalwahlrechtes sei sozusagen eine akademische Untersuchung über noch ungelegte Eier: heute wo wir im Kampfe südlich allerorten um Erhaltung des bestehenden Wahlrechtes, da sei die Untersuchung, wie es weiter vereinbart und verbessert werden könne, rein akademisch. Der Punkt könne deshalb wohl an die letzte Stelle der Tagesordnung gesetzt werden.

Auch die Frauenfrage sei für die Sozialdemokratie theoretisch eigentlich gelöst, so daß es für sie nichts ausmache, ob ein Genosse oder eine Genossin dort in Gotha ihre Angelegenheiten behandle. In der Grundanschauung sei man einig, daß die Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus zugleich auch die Emancipation der Frau bediene. Doch werde es erfreulich sein, wenn von Leipzig eine Frau delegiert werden würde.

An die verschiedenen Punkte der Tagesordnung würden sich nun in Gotha allerhand Debatten anstrengen. So werde bei dem Punkt Maifester ganz gut der Achtstundentag mit in die Debatte gezogen werden können. Ob es allerdings möglich sei — wie man vorgeschlagen habe — die ganze Kraft der Be-

wegung möglich auf diesen einen Punkt zu konzentrieren, sei eine Frage, die der praktische Politiker anders beantworten als der Studentengelehrte. Daß man für diese wichtige Forderung liberal eintritte, auch im Parlament, sei ebenso sicher, wie daß man sie unter den heutigen Zuständen nicht ohne weiteres durchsetzen könne.

Aber noch andere Dinge von Interesse würden in Gotha angeregt werden. So werde sich der Parteitag bei dem Referat Bevels über den Londoner Internationalen Kongress zweifellos ebenso wie die ganze Partei zu Gunsten der Londoner Beschlüsse entscheiden; er werde in derselben Weise Kritik üben an dem Verhalten der Anarchisten, wie das in den einzelnen Versammlungen auch bereits geschehen sei. Mehr als je — das werde der Parteitag aussprechen — müßte man sich jeden Versuch vom Siebte halten, irgendwie sich entgegenkommend an dem Anarchismus zu verhallen. Die retulische Scheidung müsse immer wieder betont werden; gerade in diesen Tagen, wo Polizei und Polizeipresse mit Vergnügen die Sozialdemokratie als Gönnerin des Anarchismus hinstellen würden, wenn es nämlich möglich wäre. Damit nicht durch irgendwelche demagogische Machenschaften unschöne Elemente auf falsche Bahnen führen, müsse hier scharf vorgegangen werden. Bebel werde das in Gotha wohl ebenso besorgen, wie die Pantheonversammlung es in Leipzig gemacht habe.

Wahrselig sei es, daß über den Streit Quark-Liebknecht-Vorwärts geredet werde. Alle Parteigenossen seien überrascht gewesen von dem plötzlichen Pronunciamiento im Vorwärts gegen den Genossen Liebknecht. Nach den objektiven Referaten in der Leipziger Volkszeitung erübrigte sich eine Darstellung der Angelegenheit. Über das sei doch festzustellen, wie bedauerlich es gewesen, daß diese Angelegenheit so in der Öffentlichkeit behandelt worden sei. Der unerfreuliche und unerquickliche Gotha-Abfall habe der Partei nichts genutzt. Nachdem jetzt im engeren Kreise die Angelegenheit habe ruhig beigelegt werden können, müsse man erst recht bedauern, daß durch das Pronunciamiento den Gegnern ein Gaudentium gegeben und die Partei eine Welle in Erregung gebracht worden sei. Jetzt würden überall Fragen laut, man wünsche Aufklärung, und doch sei das alles eigentlich nur ein Hochindustrie-Krieg gewesen, der durch die bürgerliche Presse ungebührlich ausgebastet worden sei. Man habe einen Kompromiß geschlossen, insofern darüber wisse man nicht. Es sei zu hoffen, daß die Sache nun geregelt sei. Die Ordnung solcher Angelegenheiten gehöre nicht vor eine breite Öffentlichkeit. Eine Erörterung über eventuelle Reorganisation im Centralorgan, wie überhaupt in der Parteipresse, müsse einer sachtechnischen Konferenz von Fachmannen vorbehalten werden.

Darauf hingewiesen müsse werden, daß der Vorwärts nicht in der Weise Centralorgan der Partei sei, daß alles was darin steht parteiell ist. Parteiell ist immer als solches gekennzeichnet. Weiter dirste eine für Leipzig besonders wichtige Angelegenheit berührt werden, die allerdings mit Ausnahme von Chemnitz noch keine Versammlung beschäftigt habe: dort aber habe man ein Todesvotum gegen die Leipziger beantragt, weil sie in der bekannten Pantheonversammlung sich gegen die Beschlüsse der Vandeskonferenz in Dresden erläutert hätten. Der Chemnitzer Antrag sei aber nur ein Antrag unter vielen und es sei zweifelhaft, ob er überhaupt zur Verhandlung kommen werde. Voransichtlich würde sich dann eine Kommission mit ihm zu beschäftigen haben.

Aber durch eine Bemerkung im Geschäftsbericht oder im Laufe der Diskussion werde vielleicht die Wahlrechtsfrage wohl aufs Tapet kommen. Für Leipzig handele es sich doch wohl darum, daß seine Delegierten auf dem Parteitag geschlossen auftreten, daß sie fest auf den Beschlüssen der Pantheonversammlung ständen. Die Erregung in vielen Gemütern gegen die Leipziger habe ja merklich nachgelassen, man habe gelernt, sehr ruhig und objektiv die Verhältnisse zu betrachten und es steht wohl fest, daß bei den nächsten Landtagswahlen kein Sozialdemokrat zur Urne schreite.

Man werde sich vielleicht auch mit dem Ausbleiben der Weltrede in den letzten beiden Jahren befassen. Redner bemerkte, daß er in der Fraktion auf das lediglich Provisorische dieses Zustandes hingewiesen habe. Man müsse dabei die ganzen Verhältnisse in Betracht ziehen: nicht nur sei ein angeschenes Organ geschaffen, sondern auch noch mehrere sächsische Kreise finanziell unterstützt worden. Noch dazu sei in dieser Versammlung ein Antrag gestellt, 1000 Mark nach Hamburg zu senden.

Der bei weiterer Beobachtung durch seine Bewegung sich als der gesuchte Planet erwies. Er hat den Namen Neptun erhalten.

So hat das geistige Auge der Wissenschaft in der unvorstellbaren Entfernung von 600 Millionen Meilen einen Stern erblicken können, der dann mit dem körperlichen Auge aufgesucht und gefunden wurde.

S. Barenbeschluß. Aus Kopenhagen wird uns vom 19. September geschrieben: Die journalistischen Sänger der seibenen Nöte und Unterröde haben gute Tage, denn der russische Zar besucht die dänische Hauptstadt mit seinem Besuch. Es gibt feierliche Göttedienste, die von der Bracht und den Diamanten dieser Welt funfeln und glitzern. Und kürzlich erst erlebten wir das welterschütternde Ereignis, daß einer der Hofsöhne — will sagen: der vierbeinige — sein Kotsetzen nicht essen wollte. Aber was wäre ein Bärenbesuch ohne die Verhaftung eines Anarchisten? Offenbar nichts. Und so ist denn heute dem tiefsinnigen Bedürfnis abgeholfen — wir haben ihn, Hosanna, wir haben ihn, den alleinstigmachenden Anarchisten. Er heißt in diesem Fall Machner und stammt aus unserer lieben deutschen Heimat. Die deutsche Polizei hatte der dänischen Feinde Antlaut bereit telegraphisch gemeldet und sie geben, ein wachsames Auge auf den „gefährlichen“ Mann zu haben. Die dänische Polizei ist dieser Bitte mit einem gewissen Stabilitätsmus nachgekommen. Sie verhaftete nämlich den Mann bereits an Bord des von Siettin kommenden Dampfers und warf ihn dann sofort ins Gefängnis. Nach Einigefänden des in diesem Fall maßgebenden konservativen Presse ist der verunglückte Revolutionär eine durchaus harmlose Seele, der nicht „handelt“, sondern nur für seine — daß Gott erbarmt! — „Ideen“ agitiert. Die dänischen Anarchisten (es geht davon ca. ein Dutzend) behaupten, den Mann nicht zu kennen. Die ganze Komödie wird wohl mit seiner Auswirkung abschließen.

— Zur Verlichtigung. In unserem Sonnenabdruck: Eine Geschichte der Naturwissenschaften (Nr. 218, 1. Beilage) lies in den vorletzten Zeilen nicht toten, sondern hohen. Im Beginne des britischen Absatzes las nicht 14, sondern 17. Jahrhundert.

Humoristisches.

In der Kunstaustellung. „Du, Vater, warum sind denn die Silber alle eingrahmt?“ — „Dynamiterburg“, damit die Maler wissen, wo sie aufhören müssen! (Gl. Bl.)

Es sei in der That der Parteitag ein Geschäftsparteitag. Auch in der neuesten Aera des Kölner Corps, des Gedankens, der Marinepläne und des Minstrelyturges sei die deutsche Sozialdemokratie stark und unerschütterlich, stärker als der verführte Gegner Buddha und des chinesischen Drachen auf dem Knackfußbilde. Ullerseits werde der Kampf gegen den Knackfuß geprägt: Knackfuß male bereits ein neues Bild, auf dem auch Rusland eine Rolle spielt als Hüter des Friedens und Hort der Kultur. Aber welcher Kultur! Die mit der Hoffnung in der Peters-Paulskirche beginne und in Sibirien oder am Caspian ende. Und diese Kultur solle sich koalieren mit der deutschen Kultur der Pickelhaube und der Bajonetten gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, wie der Kaiser nach der nicht dementierten Meldung der Times gesagt habe. Dieser wissenschaftliche Sozialismus freue allerdings nicht, wie der Kaiser angeblich meine, unter heuchlerischer wissenschaftlicher Maske die Verbörning, sondern auf Grund ehrlicher und tiefgründiger Erkenntnis des Seelen der Aufbau der sozialen Kulturstadt an. Man habe vor ihm Respekt, und zwar um so mehr, je mehr man ihn kenne. Es wäre traurig um ihn bestellt, wenn er bloß wissenschaftliche Heuchelei wäre: er zerstöre aber gerade die Heuchelei der bürgerlichen Dekomone, zerstöre falsche Auffassungen von Willkürregiment, Selbstbeherrschung und kapitalistischer Ausbeutung. Wenn die Herrschenden schon das Wort akzeptieren, so würden sie vielleicht auch beginnen, die Sache zu studieren, Marx und Engels kennen zu lassen suchen. Und das sei nötig. Wenn heute einer über militärische Dinge z. B. mitsprechen wolle, so frage man ihn sehr richtig: „Haben Sie gebeten? Sie sind ein Vater!“ Über über Fragen der Dekomone da glaube jeder, sei er auch ein Disident, reden zu dürfen.

Und könne es jedoch gleich sein, welche Auffassungen die Herrschenden von uns hätten, weil wir nicht an sie, sondern an die Bevölkerung wenden, an die kleinen Dinge, die Unterdrückten. Und da gäbe es noch unendlich viel zu thun. Charakteristisch sei dafür das Verhalten der mit Hurra und Gläubigem untergehenden Mannschaft des Iltis.

Ein solcher Fall zeige, daß wir noch viel zu thun hätten; darum gerade müsse man sich so sehr hüten vor Unklarheiten, demagogischen Machenschaften und der dadurch bewirkten Berücksichtigung der Kredite. Auch in Gotha gäbe es zu zeigen, daß wir eine geschlossene Schar von Klämpfern seien, die den Friedenskampf führen.

Genosse Hänsch vermied auf der Tagesordnung einen Bericht jener Agrarkommission, die man in Breslau einzuspielen beschlossen habe. Von ihren Arbeiten sei nichts zu spüren. Aber es sei bedauerlich, wenn mit der Agrarkommission vielleicht auch die wichtige Agrarfrage verschwindet sei. Er wünsche darüber eine Anfrage auf dem Parteitag. Ebenso über den Fraktionsantrag bez. Abschaffung des Majestätsbeleidigungsparagraphen, von dem man seit dem Septemberurteil nichts mehr gehört habe.

Proportionalwahlsystem und Frauenfrage seien in Verfolg fröhlicher Beschlüsse auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Ferner wünschte der Redner, bezugnehmend auf die eigentümliche Lage der Handelsangestellten und die Schwierigkeit der Organisation unter ihnen, die Behandlung des Achtstundenabfalls abzuschließen. Auch die Partei werde davon Nutzen haben.

Zu den Vorschlägen und Resolutionen des Genossen Parvin müßten die Leipziger Delegierten Stellung nehmen. Es sei nach den Darlegungen des Broschüre von Parvin sehr wünschenswert, wenn die Kräfte der Partei wieder einmal auf einen Punkt konzentriert würden, wie das bei der Wahlrechtsbewegung z. B. in Sachsen so schön gelungen sei. Er stelle darum folgende Anträge:

Die Delegierten des 12. und 13. Wahlkreises haben auf dem Gothaer Parteitag zu beantragen, resp. dafür zu stimmen, daß auf die Tagesordnung noch folgende Punkte gelegt werden:

1. Der Achtstundenabschluß der Handlungsbefähigten;

2. Wie erreichen wir den Achtstundentag?

Der letztere Punkt kann eventuell mit dem Punkt „Maifester 1897“ vereinigt werden.

Der Chemnitzer Antrag werde eine Diskussion herborren; es sei deshalb nötig, sachkundige Delegierte zu wählen, die den Standpunkt der Leipziger vertreten. Schönlank gehe so wie so als Abgeordneter nach Gotha, deshalb müsse man noch andere hinsenden; er schlage Genossen Grenz vor, auf den vorhin Schönlanks Ansprüchen wegen Viehdüngel mit dem Anarchismus gemünzt gewesen seien. Grenz — er habe den Mund auf dem rechten Fleck — werde sich schon wegen seiner Ausschüttungen in der Parteiversammlung rechtfertigen.

Genosse Schulze bringt einen Antrag über die Erneuerung des Parteivorstandes und des Revisorenkollegiums ein. Es solle keine persönliche Spitze darin liegen, sondern ihm leiste der Wunsch, daß auch andere Parteigenossen sich mit der Führung der Geschäftsführung vertraut machen könnten; das entspräche außerdem dem demokratischen Prinzip.

Weiter beantragt Genosse Schulze, den Verlag und die Druckerei des Vorwärts in Parteigebäum zu übertragen. Gerade die Erfolge in Leipzig ermutigten zu diesem Schritt.

(Im Verlaufe der Verhandlungen zog Genosse Schulze seine Anträge wieder zurück.)

Genosse Beyer wandte sich gegen Schulzes Anträge, indem er zum ersten darauf hinwies, daß wir zur Zeit überhaupt keinen Parteivorstand hätten. Außerdem aber sei es unrichtig und unpraktisch, Personen, die ihr Amt gut verführen, daraus ohne eigentlichen Grund zu entfernen. Das führe zu sonderbaren Konsequenzen.

Über die geschäftlichen Angelegenheiten des Vorwärts aber wären die Leipziger nicht genügend unterrichtet, um darüber zu beschließen; das solle man ruhig den Berliner Genossen überlassen, die doch auch zu handeln verstünden.

Weiter wandte sich der Redner gegen den Antrag Friedemann. Es könne nicht darauf an, daß jemand gezwungen einer Organisation angehöre, sondern daß er ein „ganzer Kerl“ sei, das Herz auf dem rechten Fleck trage und der Sache nütze.

Gegen die vorgeschlagene Abfindung der 1000 Mk. wandte Genosse Beyer ein, das läge aus wie Furcht vor den fühlenden Worten Auers. Er sei auch für Zahlung, aber nicht in diesem Augenblick, sondern erst nachdem die Vertrauensmänner abgezogen gelegt hätten.

In der Wahlrechtsfrage müßten die Leipziger ihren Standpunkt wahren. Ebenso in der Presfrage. Man habe vielfach die Ansicht, als ob die Leipziger Volkszeitung noch Befreiungen erfordere; das sei nicht der Fall, denn die Volkszeitung trage sich bereits und werde sehr bald Überschüsse machen, ehe sie so wie der Vorwärts oder das Hamburger Echo.

Genosse Ohnesorge sprach sich für den Antrag Friedemann aus, will ihn aber modifizieren für solche, die sich seiner Gesellschaft anschließen können. Die Frage sei immerhin wichtig und der wirtschaftliche Kampf müsse mehr unterstützen werden. Der Geldantrag läne ihm vor, als ob die Leipziger Angst hätten; er sei deshalb dagegen.

Was die Frage einer weiblichen Delegierten ansiege, so habe man leider in Leipzig keine geeignete Persönlichkeit dazu.

Beim Chemnitzer Antrag werde es sich weniger um den Kern der Sache handeln — in dem er jetzt mit den Leipziger überstimme — als um die Frage der Disziplin. Es sei gegen die Landeskonferenzbeschlüsse gehandelt worden, darauf komme es an.

Genosse Geher war gegen den Antrag Friedemann, aber aus anderen als den bisher angeführten Gründen. Die Partei würde sich dadurch selbst die Hände binden in der Auswahl der passendsten und fähigsten Genossen. Auch die Anträge Schulze seien abzulehnen; sie kämen zur altertümlichsten Zeit. Der Vorwärts-Antrag sei schon deshalb zur Beschlussfassung ungeeignet, weil der Versammlung jede rechtmäßige Grundlage für eine Beratung fehle, die internen Angelegenheiten seien nicht bekannt und gehörten auch wohl kaum auf eine Parteiversammlung.

Auf den Chemnitzer Antrag übergehend, meinte Genosse Geher, es sei allerdings sehr viel ruhiger geworden, aber wie die Ansichten sich ändern würden, das wolle man ruhig bis zur nächsten Landesversammlung abwarten. Seiner Ansicht nach habe kein Umschwung stattgefunden. Auf dem Parteitag werde, wenn die Sache zur Verhandlung komme, wahrscheinlich eine Kommission sich mit der Angelegenheit befassen.

Den Antrag auf Abschaffung des Gelbes unterstützte er; von Furcht vor Vorwürfen könne keine Rede sein.

Genosse Hänsch's Anfrage erledigte sich, da von der Fraktion der bei Antrag eingedrungen, jedoch im Reichstag nicht zur Verhandlung gekommen sei. Den Handlungsspielraum könne nicht ein besonderes Recht eingeräumt werden. Ebenso wenig seien die Resolutionen von Parvus annehmbar. Denn eine Wahlparole, wie Parvus es wünsche (Achtstundentag), könne die Sozialdemokratie nicht machen; sie müsse sich vielmehr den gegebenen Umständen anpassen. Die übrigen Forderungen hätten wir schon lange vertreten und würden sie auch wieder vorbringen. Die gewünschte Arbeiterschutzegebung sei viel umfassender und schließe alles, was Parvus wolle, ein. Man müsse die Frage eben weiter fassen wie Parvus.

Der Vorwärtsstreit werde wohl nicht viel von sich reden machen, da er zwecklos an eine Kommission verwiesen würde; und diese Taktik sei richtig, mit ihr sei die Partei groß geworden.

Genosse Grenz: Die Anerkennungen des Gen. Hänsch zwingen ihn, jetzt hervorzu treten gegen das, was Gen. Schoenlau ohne Namensnennung gesagt habe. Schoenlau habe zwei Dinge zusammengevoren: gerade so, wie wir in der Wahlrechtsbewegung darauf zu sehen hätten, daß die Delegierten den Leipziger Beschluss hoch hielten, so müsse das auch mit dem Bericht über den Londoner Kongress sein. Die Dinge liegen aber anders.

Über die Stellung in der Wahlrechtsfrage würde man in Gotha uns keinen Vorwurf machen, da der Parteivorstand in seiner Mehrheit sie teile; aber mit dem Londoner Kongressbericht verhalte sich das nicht so. Ein Teil habe ihm zugestimmt, ein Teil nicht, darunter er. Und seine Motive? Genosse Hänsch habe gemeint, sie seien persönlicher Art; das seien sie nicht; vielmehr habe er nur geglaubt, daß jeder Parteigenosse das Recht und die Pflicht habe, seine Ansicht zu äußern, frei und unbeschangen. Er habe nicht einmal seine Ansicht durchdrücken versucht, sondern sie nur gefärbt. Er bestreite, daß er auf irgend eine Weise gegen den Beschluss der Versammlung gehandelt habe. Er habe nur seine Meinung geäußert, und es wäre schlimm, wenn man das nicht mehr dulde.

Er erklärte, daß er nicht den Wunsch habe, Delegierter zu werden, denn er kennt die Parteitage; Größe u. s. w. könnten ihn also nicht nach einem Mandat lästern machen. Über er würde, wenn gewählt, annehmen, weil er daraus ersehen möchte, wie weit noch die freie Meinungsäußerung unterstützt würde.

Was in dem Bericht über jene Versammlung stand, sei sehr objektiv gegeben worden; nur ein Wort sei falsch gewesen, denn er habe nicht von Parteigehästen, sondern von wirtschaftlichen Unternehmungen gesprochen, in denen sich je nach der verschiedenen Lage auch die verschiedenen Ansichten aussöhnen.

Wenn man solche Ansichten habe, so sei es doch dankenswert, wenn man sie auch ausspräche. Das könne aber nicht einmal jeder, und er habe schon Klagen darüber gehört, daß schlichte Arbeiter nicht mehr wagten, den Mund aufzuhun, weil sie sonst "heruntergezogen" würden. Er könne zufälligerweise keine Meinung von sich geben. Man sagt immer, man wolle die Meinung der Arbeiter hören, aber in den Versammlungen da hätten unsere Herren Dottoren das Wort. Wenn man es schon mit ihm (Grenz) so mache, wie dann erst mit anderen.

Genosse Hänsch habe den Ausdruck: "mit den Anarchisten siebzüngeln" gebraucht; er gehe keinen Schritt zurück, denn er sei jedenfalls weiter vom Anarchismus entfernt, wie mancher andere. Er habe aus den Betrachtungen der verschiedenen anarchistischen Gruppen die Auseinandersetzung gewonnen, der Anarchismus wolle eine freie, individuelle Bewegung. Da habe er gesagt, daß dazu wohl noch ein paar Jahrhunderte nötig seien; also sei er weit vom Anarchismus entfernt. Wir hätten bei unseren traurigen Bildungsverhältnissen nicht einmal das Material für einen sozialdemokratischen Staat, was alles für einen anarchistischen.

Er liebäugle nicht mit den Anarchisten, sondern wolle nur von jedem seine Meinung hören. Es sei ein Unterschied zwischen einem sozialdemokratischen Parteitag und einem internationalen Kongress wie in London. Und jetzt habe man es in Frankreich schon, daß die als Anarchisten verschrieenen Allemantinen gegen den Burenkrieg gewesen seien, während der angeblich sozialistische Gemeinderat von Paris dafür gestimmt hätte.

Gerade die sächsische Wahlrechtsgeschichte müsse den Gedanken nahelegen, daß das auch mit dem Reichstagswahlrecht passieren könne. Was dann? Es sei ein Unterschied zwischen politischer und parlamentarischer Thätigkeit, wie Schoenlau selbst zugegeben habe. Politisch seien wir auch in Sachsen noch thätig, nicht aber parlamentarisch.

Mit dem Bericht über seine Anerkennungen sei in der Ressortleitung etwas geschehen; er leue die Redaktion. Die am anderen Tage folgende Berichtigung habe keinen anderen Zweck gehabt, als nochmals auf seine und Schoenlau's Anerkennungen aufmerksam zu machen; das sollte noch einmal gesagt werden, weil es vielleicht ursprünglich zu verschwommen war. Das ist ja so, als wenn in der Kneipe der Wirt einem Gäste den Stuhl vor die Tür stelle, um ihm zu sagen, er solle gehen. Er (Grenz) ginge aber nicht, den Spaß mache er gewissen Leuten nicht. Da müsse man schon deutlicher werden und ihm das genau sagen.

Werde denn überhaupt diese Frage in Gotha aufgerollt werden? Wenn ja, wisse er was er zu thun habe, er werde seine Privatauffassung zwar nicht zurückhalten, aber dem Beschlüsse der Leipziger Parteigenossen gemäß in der Pantheonversammlung vom 25. August* handeln.

Und warum das alles? Weil er die Dreistigkeit gehabt habe, seine Meinung frei zu äußern. Und deshalb würde er seine Wahl aufzusässen als einen Spruch zu Gunsten der freien Meinungsäußerung.

Genosse Schmidt meint, die erregten Auseinandersetzungen von Grenz hätten ihren Zweck verfehlt, denn eine Parteiversammlung habe eine selbständige Meinung und hinge nicht von der Meinung des Genossen Schoenlau in der Zeitung ab.

Für den Achtuhrtagschluss wünschte Redner aus denselben Gründen wie Genosse Hänsch eingetreten zu sehen.

Er beantragt folgende Resolution:

In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen Achtuhrtagschlusses nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesamte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vorteile mit sich bringen würde, erachten wir, die am 21. Sept. 1896 im Saale des Pantheons zu Leipzig versammelten Parteigenossen es für erforderlich, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichskommission für Arbeiterschutz beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den Achtuhrtagschluss zu unterstützen und selbst thatkräftig in die Agitation einzutreten. Zu diesem Zweck beantragen wir: Der Parteitag möge beschließen: „Als Punkt b der Tagesordnung festzusetzen: „Stellungnahme zum Achtuhrtagschluss.“

Gegen den Genossen Ohnesorge müsse er sich wenden; man habe genug verständige Frauen in Leipzig und es empfehle sich, eine Delegierte zu schicken.

Er spreche sich gegen die Anträge Schulze aus, dagegen sei der Antrag Friedemann mit einigen Modifizierungen stimmtabel.

Genosse Schoenlau: Genosse Grenz habe mit meisterhafter Kunst eine gefärbte, tendenziöse, unrichtige Darstellung seines Falles gegeben. Das werde er sofort zeigen. zunächst aber müsse er die Unterstellung zurückweisen, für die ihm der parlamentarische Ausdruck mangelt und die er als objektive Unwahrheit bezeichneten müsse.

Er habe Grenz schon in der Versammlung deutlich genug seine Meinung gelagt, also solche Mittelchen nicht nötig gehabt. In derrede des Genossen Grenz sei beim Druck auf der Platte ein Wort verstimmt gewesen. Das habe richtig gestellt werden müssen zum Verständnis des ganzen. Auch die Sachsische Arbeiterzeitung habe an dieser Stelle des Berichts, die sie abgedruckt, eine Lücke gehabt. Deshalb sei eine Mängelstellung erforderlich gewesen und gebracht worden.

Genosse Grenz habe es aber dargestellt, als ob er ihm dominisch aus dem Hinterhalt angefallen habe: das sei seine Art nicht, er sei fast zu offen.

Genosse Grenz habe sich der Versammlung vorgestellt, als das Opfer der freien Meinungsäußerung. Ihm (Schoenlau) sei es nie eingefallen, jemandem sein Recht der freien Meinungsäußerung zu rauben, er habe sogar immer dafür gewirkt, daß es auch den paar Anarchisten bei uns zugestanden würde.

Hier komme es aber auf die Sache, nicht auf eines Einzelnen private Auffassung, sondern auf eine principielle Parteianschauung an. Und Genosse Grenz habe sich in Gegensatz gestellt zu dem Beschlüsse der Parteiversammlung, indem er es allein bedauert habe, daß die Anarchisten nicht zugelassen worden seien. Dadurch habe er gegen die Beschlüsse der deutschen Delegierten in London, der ganzen deutschen Partei, gehandelt.

Nicht um die Meinungsfreiheit handle es sich hier, sondern um die Frage, ob Grenz auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stehe oder nicht. Und er stehe in dieser Frage der Erlaubung der Anarchisten eben nicht auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie. Seinen Standpunkt habe er heute wieder aufgenommen und erklärt, daß er seine Ausführungen vom 25. August wörtlich aufrechterhalte. Das möge als ein Zeichen persönlicher Ehrlichkeit vielleicht zu begrüßen sein, aber man müsse parteipolitisch die Konsequenzen daraus ziehen.

Redner verfaßte dann die Ausführungen des Genossen Grenz aus der Nr. 198 der Leipziger Volkszeitung vom 27. August wie folgt:

Seiner Überzeugung nach liege sich wohl der Sozialismus nach einigen Generationen verwirrlich; der Anarchismus sehe aber ein selbstloses Menschenmaterial, die reinen Engel, voraus, so daß zu seiner Errichtung wohl noch viel mehr Generationen verfließen müßten.

Er sei aber entschlossen damit nicht einverstanden, daß die Anarchisten nicht zum Londoner Kongress zugelassen werden seien. Hätte man sie zugelassen, so hätte man den Streit vermieden und wäre eher fertig geworden, als durch ihre brutale Entfernung. Die Schuld an der Zeitvergebung liege an den Einberatern des Kongresses. Die Anarchisten seien zu ihrem Verhalten provoziert worden durch den Kongress.

Der Anarchismus sei doch überhaupt auch Sozialismus. Redner beruft sich zum Beweis dafür auf eine Briefstafette in einem früheren Jahrgang der Neuen Zeit. In unserer Literatur würde also der Anarchismus so aufgefasst, und in London ließe man die Anarchisten nicht zu. Jeder denkende Arbeiter — und er sei ein solcher — müßte auf den Gedanken kommen, daß an der Sache doch etwas sei.

Von unseren Wissenschaftlern werde uns gelehrt, daß es zwei Klassen gäbe, die der Besitzenden und der Besitzlosen. Die Bourgeoisie wolle sich zwar nach ihren Sonderinteressen in einzelne politische Gruppen, ohne doch ihre Klassengemeinschaft jemals auszugeben.

Im Proletariat aber sände sich eine weitere Klassenschichtung je nach der Höhe der Entlohnung, wie sich das ja auch in unseren Parteibetrieben zeige. Es gäbe da Einkommensgruppen von 12 bis 15 bis hinauf zu 50 und mehr Mark pro Woche und es versteht sich, daß die Denkmale der schlechtbezahlten Genossen eine andere sei, als die der besser Situierten.

Diese Frage müsse gründlich studiert und könne nicht mit einemmal abgeschwitten werden. Schon um diese Frage, die noch nicht spruchfrei sei, endgültig zu erklären, müßten die Anarchisten zu den Kongressen zugelassen werden. Die Klärung läne dann von selbst. Geschähe das aber nicht, dann hätten wir kein Recht mehr, auf den Kongressen von einer Vertretung der gesamten proletarischen Welt zu reden. Gerade in Sachsen, wo Schoenlau sich doch für die

* Dieser Beschluß lautet: „Die sozialdemokratische Parteiversammlung vom 25. August 1896 im Pantheon erklärt sich einverstanden mit den Ausführungen des Genossen Schoenlau über die Verhandlungen des internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses in London. Sie billigt das Verhalten der deutschen Delegation und die Beschlüsse des Kongresses; sie spricht dagegen ihren entschiedensten Tadel über das Verhalten der Anarchisten in London aus.“

Wahlbewegung so ins Beug gelegt habe, müsse der Arbeiter noch auf andere Gedanken kommen; darin stimme er Beyer zu.

Ich bin, so schließt der Redner, für die Resolution, ausgenommen den Schlussatz, der das Verhalten der Anarchisten tadel; sie sind provoziert worden.

Dann habe Genosse Grenz sich auch entgegengestellt gegen die auch von der deutschen Delegation einmütig gefassten Beschlüsse des Londoner Kongresses, die maßgebend seien für die Berufung des nächsten Kongresses.

Ein Sozialdemokrat wisse, daß diese Frage für uns gezeigt sei.

Nur habe Grenz sehr geschickt die Zukunftsträume der Anarchisten mit der Gegenwart zusammengewovet. Was bedeutet dieses Ganghoßspiel? Es handelt sich hier nicht um Zukunftsträume, sondern um die Anarchisten von heute, die mit den schärfsten Mitteln die sozialdemokratische Arbeiterschaft bekämpfen und sie auch beschimpfen; die unsere Kongresse zu führen suchen und durch ihre Machenschaften die Geschäfte der Reaktion besorgen; die nicht bloß die parlamentarische, sondern überhaupt die politische Aktion verwerfen.

Man habe den Sachsen das Wahlrecht genommen; treiben sie keine Politik? man werde vielleicht das Reichstagswahlrecht antreten; würden wir dann keine Politik treiben?

Die politische Aktion würde vorwirken von den Anarchisten, und wenn man sie noch zuließe, so wächte die Verwirrung in den Köpfen, so hätten wir einen allgemeinen Wirrwarr, so vertrachte die Arbeiterschaft.

Den Delegierten müsse der Auftrag mitgegeben werden, daß sie gemäß den Beschlüssen der Parteiversammlungen in der Wahlrechtsfrage und in Sachen des Londoner Kongresses handeln. Bevor das des Londoner Kongresses könne das Grenz nicht, oder er müsse eine solche Erklärung abgeben (Befürworter: Das hat ja Grenz gethan) und damit auf seine frühere Überzeugung verzichten. Gut, dann ist also festzustellen, daß Grenz seine Privatauffassung über den Londoner Kongress in der Tasche behält und, wenn er Delegierter wird, dem Beschlüsse der Pantheonversammlung vom 25. August sich stellt.

Die Delegierten müßten klar und rein wissen, daß sie wie in der Frage der Wahlrechtsbewegung geschlossen vorgehen müssen, auch die Beschlüsse der Parteiversammlung vom 25. August b. J. aufrechterhalten haben. (Befürworter: Das hat ja Grenz gethan.)

Darauf kommt es an, nicht auf irgend eine Persönlichkeit. Grenz' Redefreiheit zu beschränken, dafür siege kein Grund vor; anders aber sei es damit, ob man solchen Leuten Kleiner, Ansprüche, Mandate geben solle. Niemand soll in seiner Fagon füllig zu werden, gestört werden, aber wenn er in den Dienst der Partei tritt, wenn er ein Amt oder Mandat annimmt, so hat er die Ansprüche seiner Mandanten zu respektieren, oder man muß darauf verzichten, mit ihm gemeinsam zu arbeiten.

Grenz hat die Sache hier verschoben wollen, dadurch daß er als gekränktes Unschuld sagte, seine Meinungsfreiheit sei ihm beschränkt. Aber damit wird er die Parteigenossen doch nicht vom Kern der Sache abbringen können. Man thut ihm gar nichts und er ist ja auch der Mann, sich zu wehren; aber Klarheit muß geschaffen werden vor den Genossen in Leipzig und im Lande draußen. Es heißt die Partei kompromittieren, wenn Leipzig Delegierte entsenden würde, die zu Gunsten der Anarchisten redeten.

Es bliebe demnach den Delegierten die Pflicht aufzuerlegen, daß sie gemäß den Beschlüssen der Pantheonversammlung auch in Gotha handeln und stimmen.

Der Vorsitzende, Genosse Schiemann, lädt darauf über die eingegangenen Anträge abzustimmen.

1. Der Antrag Friedemann wird mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.
2. Die Anträge Schulze sind zurückgezogen.
3. Der Antrag Hänsch und eine entsprechende Resolution des Genossen Schmidt werden angenommen.
4. Der von den Genossen Schiemann, Kleemann, Geher, Schoenlau, Lehmann u. a. eingebrachte Antrag auf Absendung von 1000 Mark an die Partei kasse wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird noch einiges Worte des Genossen Wehmann, die die Wahl einer Frau empfahl, zur Delegiertenwahl gehalten. Nach Beschluss der Versammlung sollen drei Männer und eine Frau von den beiden Leipziger Wahlkreisen nach Gotha entsandt werden.

Abgegeben wurden im ganzen 319 Stimmen. Es erhielten Lauge 196, Grenz 166, Wehmann 155, Beyer 186, Kleemann 128, Frau Meder 129, Frau Jäger 124, Johannes 81 Stimmen. Auf andere Namen zerstreute sich der Rest. Demnach sind gewählt: Lauge, Grenz, Wehmann, Frau Meder.

Aus der Partei.

Zu den Berliner Delegiertenwahlversammlungen. In unserem Bericht über die Berliner Wahlversammlungen zum Gothaer Parteitag (Nr. 217) hielt es, im 2. Wahlkreis sei gemäß von Arons Vorschlag eine Umarbeitung des zweiten Teils des Erfurter Programms beschlossen worden; es wurde aber nur beantragt und beschlossen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Revision des Arbeiterschutzaanges des Erfurter Programms“.

Delegiertenwahlen zum Parteitag. Die Lübecker Delegierten wählen ihren alten Kämpfer Th. Schwarzb. — 1. Universalistischer Wahlkreis: Döbert.

Genosse Frohme befindet sich zur Zeit auf einer Agitationstour durch Württemberg und wird am 22. d. M. in Stuttgart über die Zwangorganisation des Handwerks sprechen.

Magdeburg, 20. September. Die Sozialdemokraten unserer Stadt haben sich seit langem genötigt gesehen, fast alle größeren Säle zu sperren, da die Wölfe aus Furcht vor dem Militärboykott, sie nicht zu politischen Versammlungen hergehen wollten. Um nun den Gewerkschaften wenigstens einen größeren Spielraum zu geben, hat die Parteiversammlung beschlossen, diejenigen Räume für den Verkehr der Parteigenossen und Parteigenossinnen frei zu geben, die Säle zur Abhaltung politischer Versammlungen nicht ausweisen.

Frankfurt a. M., 21. September. Die Kranzniederlegung am Denkmal der im September 1848 in der Volksverhetzung wegen des Wulmb-Waffenstillstandes gefallenen Barricadenkämpfer verlor gestern in der bisher üblichen einfachen und würdigen Weise. Trost des ungünstlichen Wetters hatten sich

wieder viele Teilnehmer eingefunden. Die Kränze der sozialdemokratischen Partei und des sozialdemokratischen Vereins, des Singerbundes, des Gewerkschaftsbundes und fast sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen sowie der Kollegen einzelner Werkstätten wurden mit kurzen Widmungen niedergelegt. Natürlich war wie gewöhnlich ein stilles Aufgebot von Polizeibeamten in Uniform und Civil unter der Leitung eines Polizeikommissars zu Stelle; sie fanden indessen keinen Anlaß, irgendwie in Thätigkeit zu treten.

Goziale Rundschau.

Nähmaschinenfachler! Bei der Firma Neidlinger in Dresden stellten am Montag sechs Fachler die Arbeit ein. Der Grund hierfür ist eine geplante Arbeitszeitverlängerung und damit verbundener Lohnreduktion. Die Arbeiter verdienten jetzt wöchentlich 18 bis 22 Mark. Da fiel es den Herren auf, einmal ein, daß die Arbeiter zu viel verdienen, die Löhne im Hamburger Geschäft Neidlingers seien niedriger. Man mutete den Arbeitern deshalb eine Lohnreduktion von 10—15 Proz. zu.

Der Streik der Gläser im Netzdistrikt dauert fort. Die Alttagsgesellschaft sucht Erfolg für die Streitenden zu gewinnen und droht diese zu entlassen und sich an den gestellten Kautio nen schadlos zu halten. Die Streitenden wollen trotz dieser Drohung ausharren, um die winzigen Verbesserungen in ihrer elenden Lebensweise zu erhalten. Bei der Armut der Streitenden ist aber Hilfe durch andere Gewerkschaften dringend erforderlich. Adresse: Franz Schätz, bei G. Umlauf, Neubau bei Weissenhöhe an der Ostbahn.

Eugen, 21. September. Die ausständigen Weber der Firma Taube wurden durch belgische Arbeiter erschlagen. Schnuhlfabrikant!

Leadville (Colorado), 21. Sept. (Wolfs Tel.-Bur.) 3000 ausständige Arbeiter griffen die Einmet-Minen in Colorado an. 5 Mann wurden getötet, viele verwundet.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. September.

Der Stadtverordnete Neppenhagen, der Obermeister der Sattlerinnung und Vorsitzende des Ausschusses der vereinigten Innungen Leipzigs, hat sich bereit finden lassen, die bekannte Eingabe der Nahrungsmittelvertreter auf Einführung einer 8 prozentigen Umsatzsteuer zur feintigen zu machen. Diese That des berühmten "Mittelsstandsretters" dürfte in den Kreisen der kleinen Handwerker, von denen viele den gehafteten Konsumvereinen angehören, durch die Umsatzsteuer ebenso geschädigt werden wie die Arbeiter, eine recht verschiedene Beurteilung erfahren. Nun, es ist ja nicht das erste mal, daß Herr Neppenhagen in so eigenartliche Weise von sich reden macht. Vor Jahren wurde in den Kreisen der kleinen Handwerker seine Gewandtheit, mit der er es erreichte, daß ihm vom Militärischen bedeutende Lieferungen von Patronenlachsen &c. übertragen wurden, eifrig diskutiert. Und den Arbeitern ist es noch sehr wohl in Erinnerung, daß Herr Neppenhagen als Stadtverordneter erst für die Brüderstraße eine Panne brachte. Man darf gespannt sein, was Herr Neppenhagen sonst noch für die werthaltigen Schichten der Bevölkerung auf seinem Programm hat.

Achtung, Buchbinder! In der Kunstanstalt Oppacher in München ist wegen Maßregelungen ein Streik ausgebrochen. Die Buchbinder und Präger werden ersucht, den Zugang nach München zu vermeiden.

In Berlin beschloß gestern eine von etwa 2000 Arbeitern und Arbeiterrinnen der Buchbinderbranche besuchte Versammlung, von heute ab zu streiken, wosfern ihnen nicht eine neunstündige Arbeitszeit sowie ein Mindestlohn von 21 Ml. für Gehilfen, von 18,50 Ml. für Arbeiterrinnen und von 15 Ml. für gelbe Falzerrinnen bewilligt wird. 32 Firmen haben bereits die Fortsetzung zugesagt.

Zur Lohnbewegung der Rahmenträger. In der Werkstatt von Beiß und Schuevogt, Kaiservorstadt, ist gestern nachmittag, nachdem der Prinzipal die Forderungen der Gehilfen bewilligt hat, die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Firma Mittenzwei, Fürstenwalde, hat gestern noch vollständig bewilligt. Die bei Krichbaum und Hellwig, Josephinenstraße, beschäftigten 6 Rahmenträger haben sich bis heute leider noch nicht an der Bewegung beteiligt. Herr Gross, Eilenburger Straße, hatte seine Anerkennung des Tarifs gestern wieder zurückgezogen und bleiben daher die dort beschäftigten gewesen 15 Rahmenmacher und Hilfsarbeiter, da Herr Gross auch der Lohnkommission gegenüber erklärt hat, den Tarif nicht mehr anerkennen zu wollen, bis auf weiteres ausständig.

Zu dem Maleransstand bei G. C. Böttcher, Celluloidwarenfabrik, Leipzig-Döbelnau, schreibt uns der Inhaber der genannten Fabrik:

Auf die zweite Erklärung der bei mir abgegangenen Maler habe ich folgendes zu erwidern: Es ist eine Unwahrheit, daß das Muster, wegen dessen die Maler die Arbeit niedergelassen, ein neues Muster sei; dieses Muster ist vielmehr über ein halbes Jahr alt und schon häufig zu demselben Accordsatz angefertigt worden. Das sich der Ertrag der Accordsarbeit nur nach dem Durchschnitt mehrerer Wochen beurteilen läßt, wird jeder verständige Arbeiter einsehen. Eine einzelne Woche kann gerade bei Accordsarbeit nicht als maßgebend gelten; ich würde sonst mit demselben Rechte behaupten können, daß einer der abgegangenen Maler pro Woche 47,10 Ml. verdient habe. Der Maler Fischer sen. hat in der That in der Woche vom 8. bis 9. April a. o. einschl. Hausarbeit 47,10 Ml. verdient. Dabei mögen sich vielleicht soviel Überstunden befunden haben, wie seitens der Maler im allgemeinen behauptet wird (was immerhin ohne Überstunden noch einen Wochenlohn von über 30 Ml. ergiebt); der geringere Verdienst in anderen Wochen beweist aber doch gerade, daß sonst mit nur wenig oder keinen Überstunden gearbeitet worden ist, wie es auch in der That der Fall, denn sehr häufig wurde die zum Beimalen mitgebrachte Ware unfein oder gar nicht angefangen wieder zurückgebracht. — Dies mein letztes Wort.

Der Sachsen-Gastwirtsbund hielt heute im Hotel de Pologne in Leipzig seinen 10. Verbandstag ab. Der Vorsitzende, Herr Faustus-Lipzig, gab einen Überblick über die Thätigkeit des Verbandes und die Beschlüsse der bisherigen abgehaltenen Verbandstage. Der Verband zählt jetzt 60 Vereine mit 2700 Mitgliedern. Herr Faustus berichtete über den deutschen Verbandstag der Gastwirte, der in Wiesbaden abgehalten wurde. Aus dem Berichte des Verbandsklassikers war zu entnehmen, daß der Verband eine Einnahme von 5570,67 Ml. und eine Ausgabe von 1788,38 Ml. zu verzeichnen hatte, so daß ein

Kassenbestand von 3784,29 Ml. verblieb. Die Kasse des Centralblattes des Verbandes wies einen Kassenbestand von 701,35 Ml. auf. Die Hilfskasse zur Unterstützung bedürftiger Kollegen, die über ein deponiertes Vermögen von 12000 Ml. verfügt, hatte einen Kassenbestand von 1188,60 Ml. Herr Kämpf-Lipzig beantragte, auf die zukünftige sächsische Behörde dahin einzutreten, daß auf den für Gastwirte üblichen polizeilichen Führungsbattalien der Vermerk der Strafen wegen Übertretungen der Polizeistatuten künftig in Sachsen unterbleibe. Dieser Antrag ist schon früher einmal an das sächsische Ministerium gerichtet worden, doch hat das Ministerium die Petitionen auf den Instanzenweg verwiesen. Dieser Antrag rief eine lebhafte Debatte hervor, in der ein Redner darauf hinwies, daß sogar wegen einer solchen Polizeistrafe sein Amt als Vormund in Frage gestellt wurde. Einige Redner sprachen gegen den Antrag, weil die Behörde die Beugnisse doch wahrheitsgemäß ausspielen müsse. Ein Zweifel entstand darüber, an welche Behörde die Anträge zu richten seien. Man einigte sich, zunächst an das Ministerium zu gehen. Erst dann, wenn dies erfolgt sei, soll der Verband sich an die Kreishauptmannschaft wenden. Es wurde hierauf der Antrag abgelehnt mit 243 gegen 2 Stimmen angenommen. Gegen die Anordnung der Amtshauptmannschaft Glauchau, das Verbot der vierappareate bei Neukonkurrenz betreffend, wendet sich ein Antrag des Augauer Vereins, der verlangt, daß der Verband beim Ministerium vorstellig werde, daß diese Anordnung nicht zum Landesgesetz erhoben werde. Auf Anraten des Verbandsvorstandes, sich erst beschwerdefähig an die Kreishauptmannschaft zu wenden, wird der Antrag zurückgezogen. Ein Antrag, das Centralblatt statt aller 14 Tage alle 8 Tage erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, den Abonnementsbeitrag von 4 auf 2 Ml. pro Jahr herabzusetzen.

Den vom Gewerbege richt wegen Kontraktbruches verurteilten Maschinenmeistern der Buchdruckerei C. Grumbach ist die Zahlung der Strafe erlassen worden. Die Bringhaltsunterstützungskasse, der die Strafgelder zuspielen sollten, hatte unvorsichtigewise schon öffentlich dantend quittiert. Im weiteren ist das Strafverfahren wegen „Erpressung“ gegen die „Märkelsführer“ des Streiks von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Die Michaelissserien an den hiesigen Volksschulen beginnen am kommenden Sonnabend nach Schluss des Vormittagsunterrichts. Am 5. Oktober früh 8 Uhr nimmt der Unterricht wieder seinen Anfang.

Quartiergeld-Entschädigung. Die Entschädigung für die in Leipzig-Alstadt vom 13. bis mit 14. September d. J. in der Kolonnaden-, Erdmann-, Moscheles-, Plagwitzer, Promenaden- und Weststraße eingekwartiert gewesenen Truppen vom 8. Infanterie-Regiment Nr. 107 kann in den nächsten 3 Tagen beim Quartieramt, Naschmarkt Nr. 2, im Erdgeschoss links, Zimmer Nr. 30, gegen eigenhändige Quittungsleistung erhoben werden. Das Quartierbillett ist zurückzugeben.

Selbstmordversuch. Gestern abend 1/2 Uhr sprang in Connewitz in der Nähe des Gaußschen Wassers eine 20jährige Fabrikarbeiterin von hier in selbsterdeicher Absicht in die Pleiße. Sie wurde von einigen vorübergehenden Arbeitern sofort wieder aus dem Wasser gezogen und zu ihren Eltern in der Südstraße gebracht. Der Grund, warum sich das Mädchen das Leben nehmen wollte, war Siebesgram.

Die Asphaltierungssachen am Blücherplatz zwischen Nord- und Hallescher Straße sind so weit vorgeschritten, daß die Strecke seit Sonntag für die Pferdebahn freigegeben ist und voransichtlich von morgen ab auch für den übrigen Fahrverkehr wieder zu benutzen sein wird.

Retourenzettelungen. In der am Mittwochvormittag aufgefundenen Retourenzettelung an den hiesigen Buchdruckerei C. Grumbach ist ein hier wohnhafter, 25 Jahre alter Kaufmann aus Borna ermittelt, während der Mann, der sich in der Promenade erhängt hatte, aber noch lebend abgeschüttet wurde, als ein 47 Jahre alter Klavierspieler aus Klosterlausitz retourenzettelzt wurde.

Unfälle. Im Grundstück Eisenbahnhstraße 24 zu Neustadt wurde von einem Schulknaben ein an der Wand lehender eiserner Thorflügel als Turngerät benutzt. Dabei schlug der Flügel um und traf einen zehnjährigen Knaben, dem ein Bein entweder geschlagen wurde. Es machte sich die Überführung nach dem Krankenhaus nötig. Heute morgen in der achten Stunde ging in der Kaiser-Wilhelm-Straße das Pferd eines Droschkenfuchters durch. Der Führer wurde vom Pferd nach einer Gabelbaum zerbrochen. Nachdem das Pferd noch einen Gabelbaum aufgehalten hatte, wurde es an der Ecke der Schenklendorffstraße aufgehalten.

Seinen Verletzungen erlegen ist der Bierfahrer Zuch, der vor etwa acht Tagen am Königsplatz von seinem eigenen beladenen Bierwagen überfahren worden war. Zuch war schon gleich nach dem Unglücksfalle einmal tot gesagt worden.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn und einem Pauschäfert erzeugte sich an der Ecke der Wächterstraße und der Karlstraße. Die Deichsel des Gespanns wurde dabei zerbrochen. Die Schuld an dem Zusammenstoß soll dem Führer des Motorwagens zufallen, weil er nicht rechtzeitig das Glockenzeichen gegeben habe.

Straßenraub. In der Mozartstraße hat vorgestern abend ein etwa 20jähriger barfüßer Bursche, in dunklem Jackett, heller Hose und schwarzen, weichen Filzhut, ein Dienstmädchen von hinten umfaßt, ihr das Portemonnaie mit 1 Ml. aus der Hand gerissen und nachdem er sie noch über den Kopf geschlagen, die Flucht ergriffen.

Gerichtszaal.

Gewerbegericht.

Leipzig, 21. September.

Durch Aushang wird die Werkstattordnung rechtsverbindlich. Der Schuhmachergeselle Sch. war am 31. August vor dem Schuhmachermeister H. ohne Kündigung entlassen worden. Er klage deshalb auf 22 Ml. Entschädigung. Vor dem Gewerbegericht erklärte H., daß er Sch. beim Engagement ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß keine Kündigung stattfindet. Außerdem habe in der Werkstatt die Werkstattordnung ausgehängt, von der Sch. Kenntnis erlangt und gegen deren Inhalt nichts eingewandt hat. Letzteres giebt Sch. zu, während er die erste Behauptung H.s, die übrigens von der als Zeugin vernommenen Frau H. bestätigt wurde, bestreit. Das Gericht wies Sch. mit seiner Klage ab. In der Begründung

des Urteils führte der Vorsitzende, Professor Dr. Medlich, aus, daß Sch. die Arbeitsordnung und deren Inhalt gekannt habe. Wenn er mit der Bestimmung, daß eine Kündigung nicht stattfinden solle, nicht einverstanden war, so müste er sich mit H. hierüber verständigen. Dies habe er nicht getan und deshalb konnte der Meister nach den Grundsätzen von Tren und Glauben annehmen, daß er mit dem Inhalt der Arbeitsordnung einverstanden war.

Vereine und Versammlungen.

Die sozialwissenschaftliche Vereinigung und der achtstündige Normalarbeitsstag. In Anwesenheit von etwa 120 Besuchern diskutierte gestern abend im Kaiserzaal der Centralhalle die sozialwissenschaftliche Vereinigung über den achtstündigen Normalarbeitsstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfuhrte der Vorsitzende die Mitglieder, in der heutigen Dienstag abend stattfindenden Handwerkerversammlung zu erscheinen, weil ein sehr wichtiger Punkt, die neue Handwerksordnungen, zur Verhandlung stände.

Herr land. theol. Maurenbrecher trat dann für die Einführung des Achtstundentages bei den Industriearbeitern ein. Für den Vortrag selbst legte er sich die Fragen zur Beantwortung vor: 1. Wie wirkt eine starke Verkürzung der Arbeitszeit? 2. Wenn sie gut wirkt, ist es dann angebracht, die Regelung der Verkürzung der Arbeitszeit durch ein Gesetz zu erwirken? 3. Ist es dann gut, gerade den Achtstundentag zu empfehlen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wies der Redner darauf hin, daß die Erfahrungen, bei der Verkürzung der Arbeitszeit besonders günstige in der englischen Baumwollindustrie seien. Der Arbeiter sei infolge der Arbeitszeitverkürzung bedeutend produktiver geworden. Die Verkürzung, daß sich die Industrie eines Landes der internationalen Konkurrenz gegenüber nicht halten könne, müsse schwinden, denn die englische Baumwollindustrie sei gerade nach der Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit und besserer Arbeitsergebnisse bestimmt zu besonderer Blüte gelangt. In England bilde die achtstündige Arbeitszeit überhaupt keine Ausnahme mehr. Nur bei den unorganisierten, nicht in Gewerkschaften zusammengeführten Arbeitern betrage die Arbeitszeit noch bis zu 15 Stunden täglich. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit werde auch eine Erleichterung der Produktionskosten herbeigeführt, so daß für den Großbetrieb die Arbeitszeitverkürzung nur förderlich sein könnte. Der Kleinbetrieb bringe sie allerdings den Untergang, denn sie könnte sich nur halten bei möglichst langer Arbeitszeit. Wolle man aber den Nationalwohlstand fördern, so könne man die Kleinbetriebe nicht konserieren. Vor der Verkürzung der Arbeitszeit sei eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten, denn die Leistungsfähigkeit der Technik und des Arbeiters erhöhe sich bei der verkürzten Arbeitszeit von Tag zu Tag.

Redner tritt dann für eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ein und hält die Gewerkschaften für zu wenig ausschlaggebend. Daß die Industrie eine gewisse Beschränkung verfrage, beweise der Maximalarbeitsstag in der Schweiz und Österreich. Es müsse aber eine scharfe Kontrolle in Bezug auf die Einführung des Maximalarbeitsstages vorhanden sein und nicht Ausnahmeverordnungen zu gelassen werden, die das Gesetz zum Teil wieder hinfällig machen. Redner wünscht für Deutschland eine allmäßliche Verkürzung der Arbeitszeit, ähnlich wie sie die Sozialdemokratie im Reichstag vorgeschlagen habe. Schließlich sah der Redner seine Ausführungen in die nachstehenden Sätze zusammen: 1. Die Einführung einer starken Verkürzung der Arbeitszeit ist auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnis und aus humanen und sozialen Gründen geboten. 2. 8 Stunden bildet ungefähr das Maximum, bei dem das Volk erhalten werden kann. 3. Demnach ist es zu billigen, daß die Arbeiter diese Forderung aufgenommen haben. 4. Eine Befreiung, daß zur Zeitzeit eine allzuschnelle Verkürzung der Arbeitszeit eintrete, ist bei dem Verhalten der politischen Parteien grundlos.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für eine allmäßliche Verkürzung der Arbeitszeit aus. Herr Pastor Schulze ist der Ansicht, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedenen Berufen eine Verringerung der Arbeitslosigkeit eintreten werde. Eine Schaffungsförderung könnten die Industrien nicht vertragen.

Genosse Meusch geht näher auf die praktische Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit ein und erwähnt hierbei die Deputation an den Stadtrat, welch letzterer sich ja auch gegen die praktische Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen habe. Er ist auch der Ansicht, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit gemildert werden könnte. Mehrere Redner meinen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur auf Grund von zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu schließenden Kompromissen eingehalten werden könne. Die Herren Fabrikanten Magnus und Giesecke sprechen vom Standpunkt des Unternehmers. Ersterer tadelt es, daß in den Vorträgen der sozialwissenschaftlichen Vereinigung nur immer für den „armen“ Arbeiter gesorgt resp. plädiert werde. Die Unternehmer hätten doch auch ihre Sorge. Man sollte nur hübsch langsam gehen und nicht alles auf den Kopf stellen. Stand. theol. Maurenbrecher, erklärt in seinem Schlußwort, daß man die Masse der Arbeiter unbedingt vor gegenseitigen Unterbietungen schützen müsse und wünsche die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Was in anderen Ländern möglich sei, müsse auch in Deutschland durchgeführt werden.

Eine Versammlung der Handarbeiter tagte am 20. September im Universitätskeller mit folgender Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeitsbewegung; 2. Abrechnung von Sommervergnügen; 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell; 4. Gewerkschaftliches. Über den 1. Punkt referierte Kollege Baum und legte den Nutzen des Koalitionsrechtes in trefflicher Weise klar. Er ermahnte die Kollegen, rege für den Verband zu agitieren. Der 2. und 3. Punkt wurde umständlicher bis zur nächsten Versammlung verschoben. Zum 4. Punkt wurde der Antrag angenommen, daß jeden Sonntag nach dem 15. des Monats eine Versammlung stattfinde und der Sitz der Zahlstelle im Universitätskeller beibehalten wird. Ferner wurde der Beschluss gefaßt, daß unser Verbandsorgan den Mitgliedern durch Colportage zugestellt wird, und daß an dieselben fünf Pfennige pro Monat zu entrichten sind.

Der Arbeiterverein Vorwärts zu Schöneweide hielt vorigen Sonnabend seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Lipinski über: Sibirien; 2. Vereinsangelegenheiten. Am Schlusse seines beispielhaft aufgenommenen 1½-stündigen Vortrages sprach der Referent seine Meinung dahin aus, daß auch den in Sibirien schwadronierenden Verbannten erst mit dem Siege des Sozialismus die Befreiungsstunde schlagen werde. — Es wird beschlossen, am 25. Oktober eine Abendunterhaltung im Sachsischen Hof stattfinden zu lassen. Dazu wählt man einige Personen zur Hilfeleitung. Es werden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt.

Versammlungskalender.

Dienstag: Handarbeiter aller Branchen. Storn, Windmühlenstraße. Abends 9 Uhr. 2. O.: 1. Vortrag über die neue Handarbeiter-Vorsorge. Referent: Herr Dr. A. Süderholm, Leipzig. 2. Freie Ausbrüche und Sitzungsrede über: Arbeit und Beschäftigung und verwandte Betriebe. Arbeit und Arbeiterrinnen. Pantheon, Dresdener Straße. Abends 9 Uhr. 2. O.: 1. Die Antwort des Prinzipals. 2. Gewerkschaftliches.

Freitag: 1. Vortrag des Kollegen Oberndorf, Altona. 2. Vortrag der Dokumentation. 3. Gewerkschaftliches.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die mächtigen Sozialdemokraten im Schulausschuss. In der Sächsischen Arbeiterzeitung ist zu lesen: Der Schulvorstand der Gemeinde Wilsdorf im Blauenschen Grunde besteht aus sämtlichen Mitgliedern der politischen Gemeindevertretung, in der die Unanständigen durch zwei Sozialdemokraten vertreten sind. Diese Einrichtung besteht auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses, der die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden hat, seit etwa drei Jahren. Der leichten Sitzung des Schulvorstandes lag nun eine Befehlsschrift der Schulinspektion vor, daß die jeweilige Zusammensetzung des Schulvorstandes nach §§ 25, 26 des Schulgesetzes zu Unrecht bestände und daß erst Disposition von den Bestimmungen des Gesetzes nachgeschaut werden müsse. Andernfalls wäre als Schulvorstand ein Ausschuss aus dem Gemeinderat zu wählen und dabei darauf bedacht zu sein, dazu nur solche Personen zu wählen, die zu diesem Amte den geeigneten Charakter und die nötigen Fähigkeiten besitzen.

Dieser Wink mit dem Baumschuh ist nicht misszuverstehen. Hätte gewöhnlich ist es doch ganz selbstverständlich, daß man zu einem Amte nur solche Leute wählt, die nach jeder Richtung dazu geeignet sind. Diese Anforderung kann nur darauf gelenkt sein, die Sozialdemokraten aus dem Schulvorstand fernzuhalten. Dann wären aber die Unanständigen, die den größeren Teil der Einwohner bilden und daher an der Verwaltung der Schule das größte Interesse haben, in der Schulverwaltung unvertreten.

Bisher hat die Schulaufsichtsbehörde stets die Ausfassung vertreten, daß die Fassung des Gesetzes, nach der der Schulvorstand auf dem Lande aus einer durch Ortsstatut festzustellenden Anzahl von Mitgliedern der bürgerlichen Gemeindevertretung bzw. Schulgemeinde zu bestehen hat, die Zusammensetzung des Schulvorstandes aus sämtlichen Mitgliedern der Gemeindevertretung nicht verbietet. Und diese Ausfassung ist ausdrücklich festgelegt in einer Verordnung des Kultusministeriums vom 21. März 1876. Man geht also nicht fehl, wenn man die Gründe für diesen Wechsel der Ausfassung in der Absicht sucht, die Sozialdemokraten aus dem Schulausschuss zu entfernen.

Wurzen, 20. September. Was ein Maukost! Der in unserem Kreise durch die Truppen verursachte Flurschaden ist auf rund 55 800 Mk. abgeschätzt worden. Wie viel wird er erst in der Oberlausitz für Flurschäden zu ersehen sein?

Aus dem Erzgebirge, 18. September. Die Spießensklöppelreihe, die einmal vielen Familien des Erzgebirges Beschäftigung gewohnte, ist in den letzten Jahrzehnten durch den immer mehr zunehmenden Bedarf an billigen Maschinen- und gestrickten Spießen sehr zurückgegangen. Dennoch schien es im Herbst des vergangenen Jahres, als ob sie wieder neues Leben bekäme, denn die Nachfrage nach geklöppelten leinernen Spießen war so groß, daß sich ein Mangel an eingerichteten Klöppelerinnen bemerkbar machte. Die Vöhne dieser Arbeiterinnen mußten um 25 bis 30 Prozent erhöht werden und beließen sich für den Tag auf 70 bis 80 Pf. Gegenwärtig ist zwar eine etwas ruhigere Stimmung eingetreten, die aber für die vorhandenen Klöppelerinnen immer noch genügende Arbeit bringt. Die Einrichtung der Klöppelschulen hat das weitere Sinken der Spießensklöppelreihe verhindert; ohne die Schulen wäre die Zahl der Arbeiterinnen viel geringer. Da aber die Maschinen die Handarbeit immer mehr verdrängt, so wird ein Mangel an Spießensklöppelerinnen wohl nicht wieder vorkommen.

Von Nah und Fern.

Unfall auf einem Kriegsschiff.

Niel, 21. September. Auf dem innerhalb der kaiserlichen Werft liegenden Kabelschiff Stosch stürzte heute nachmittag der Obermatrose Palme vom Mast herab. Der Tod trat sofort ein.

Ein Ausfahrschiff.

Königsberg, 22. September. Wie gemeldet wird, soll auf der Silderspitze bei Memel ein Deprä-Krankenhaus errichtet werden.

Absturz.

Kehl a. N., 22. September. Ein Omnibus ist eine zweie Meter hohe Böschung hinabgestürzt, wobei mehrere Insassen schwer verletzt wurden.

Erdbeben auf Island.

Nach einer briefflichen Meldung aus Reykjavik, der Hauptstadt Islands, fanden in der Nacht zum 6. d. M. wieder zwei Erdstöße statt. Ein altes Chevaar vorlor dabei unter einem herabfallenden Dach das Leben. Nach Meldungen der Blätter wird die Zahl der Opfer, die durch die in der letzten Zeit stattgehabten Erdstöße zerstört worden sind, auf 155 geschätzt. In Kopenhagen werden Sammlungen für die Geschädigten veranstaltet.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Gelbe Erbsen mit Schwarzbrot.

Speiseanstalt II (Mosebachgasse): Dinsen mit Sauerkraut.

Auskunfts in Rechtsfragen.

Ch. S., Nötha. Die Beiträge müssen zurückgezahlt werden. Stand denn die Frau in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis?

A. A. 101. Wenn vierjährliche Kündigungsschrift besteht, müssen Sie zu Neujahr ausziehen.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 23. Septbr.: 257. Abonn.-Vorstellung (1. Sessel, grün).

Oberon, König der Elfen.

Romantische Oper in 3 Akten. Dichtung von J. Planché. Auf Grundlage des von Theodor Hell aus dem Englischen übertragenen Teiges für die deutsche Bühne neu bearbeitet von Dr. Franz Gradauer. Musik von C. M. v. Weber. Neu hinzugewommene Recitative von Franz Wüllner.

Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Vorst.

Kaiser Karl der Große. Dr. Immelmann

Herr von Bordeau, Herzog von Guinne. Dr. de Gracq

Scheram, sein Knappe. Dr. Marion

Oberon, König der Elfen. Dr. Merkel

Titano, seine Gemahlin. Dr. Lindner

Buck. Dr. Osborn

Droll. Dr. Hofer

Erste. Dr. Trenner

Drüster. Dr. Trogisch

Harun al Raschid, Kalif von Bagdad. Dr. Neidel

Rego, seine Tochter. Dr. Koschowka

Fatime, deren Vertraute. Dr. Tousa

Babelan, preußischer Prinz. Dr. Degen
Almansor, Emir von Tunis. Dr. Uebel
Rochana, seine Gemahlin. Dr. Beuer
Abdallah, Seeräuber. Dr. Keller
Erster. Dr. Stephan
Zweiter. Dr. Henning
Dritter. Dr. Schmidt
Ein Meermädchen. Dr. Mac
Ein Meerlämmchen. Dr. Schmidt

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.
Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schausp.-Preise.

Billet-Vorlauf an der Tagesstufe von 10 (Sonne u. Festtagen von 10 1/2) bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufschlag von 80 Pf.) von 1—8 Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Johann von Paris. Heraus: Sicilianische Unternehm. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Von Carlos. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Der Lieutenant zur See. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 22. September:

Die offizielle Frau.

Schauspiel in 5 Akten nach einer Novelle des Col. Sabage von Hans Olden.

Regie: Oberregisseur Adler. Dr. Greiner

Großfürst Gregor Gregorowitsch. Dr. Borchert

Konstantin Welitsch, Kaiserlicher Rat. Dr. Lauersbach

Olga, seine Frau. Dr. Sangora

Sophie, sein Töchterchen. Dr. Otto

Saunders Welitsch, Kämmerer. Dr. Stephan

Kapitän Pallyn. Dr. Welzel

Dosia, ihre Tochter. Dr. Müller

Gräfin Ignatoff. Dr. Freile

Kiril Leling, amerikanischer Oberst a. D. Dr. Hänsele

Eine Dame. Dr. Frank

Major Petross. Dr. Ernst Müller

Leutnant Schewitsch. Dr. Kienhers

Baron Friedrich. Dr. Körner

Fräulein de Lauch, Gouvernante bei Welitsch. Dr. Lubitsch

Eine fremde Dame. Dr. Schröder

Ein höherer Bahnhofbeamter. Dr. Keller

Ein herrschaftlicher Jäger. Dr. Beiger

Der Direktor. Dr. Krause

Ein Oberleutnant. Dr. Helne

In Hotel de Europe in St. Petersburg. Dr. Kierwitt

Ein Kellnerjunge. Dr. Kunischmann

Eine Kammertfrau. Dr. Trogisch

Ein Kammerherr. Dr. Werner

Ein Diener. Dr. Sadler

Ein Bahnhofbeamter. Dr. Behrend

Ein Soldat. Dr. Patal

Ein Oberleutnant. Dr. Bärmüller

Ein Weinhändler. Dr. Rennert

Ein Kellner. Dr. Hanisch

Eine Geplätzlichkeit. Dr. Schröder

Eine Fremde. Dr. Keller

Ein herrschaftlicher Jäger. Dr. Beiger

Der Direktor. Dr. Krause

Ein Oberleutnant. Dr. Helne

In Hotel de Europe in St. Petersburg. Dr. Kierwitt

Nach dem 1. und 3. Akt finden längere Pausen statt.

Einlaß 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gew. Preise.

Billet-Vorlauf a. d. Tagesstufe v. 10 (Sonne u. Fest 10 1/2) bis 8 Uhr.

Vorverkauf s. d. nächst. Tag (m. Aufz. v. 80 Pf.) u. 1—8 Uhr.

Spielplan: Mittwoch: Der Edelmann. (Holde Preise). Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Die Hebamme. (Holde Preise). Anfang 1/8 Uhr. — Freitag: Renaissance. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Die offizielle Frau. Anfang 1/8 Uhr.

Zur Beachtung! Sonnabend den 26. Septbr. und Sonnabend den 3. Oktbr. wird die Leipziger Volkszeitung zwecks Agitation in bedeutend erhöhte Auflage erscheinen. Inserate für obige beide Nummern sind spätestens Freitags nachmittags 4 Uhr aufzugeben.

Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Seidenstoff-, Samt- u. Plüschräume

Grosse Auswahl in schwarz und weissen Seidenstoffen zu Brautkleidern.

ganz bedeutend unter Preis.
J. Kirstein, Hainstr. 19,
1. Treppen.

Möbeltransporte



Emil Heinrich

2. Voltmarsdorff, Juliusstraße 27.
Vielfach Retour-Wagen disponibel.

Letzter Monat!

Blauer Arbeiter-Anzüge

je Mt. 8,50 aus starkem Segeltuch, weich. Blaue Männer-Schürze, 80 Pf. Blaue Schlype, Wolle, Hemden, Knöpfe, Taschen zu jedem Preis im Ausverkauf bei 7,49

Paul Hartmann, Nürnberger Str. 6.

H. Niepraschk, Uhrmacher

Bindenau, Josephstr. 88

empfiehlt

Herren- und Damen-Uhren

Regulateure, Wand- u. Tisch-

Uhren. — Großes Lager von

Aktien und Trauringen.

Reparaturen gut und billig.

Möbel, neu u. gebraucht, Federn, Uhren

billig. Blaue Schlype, Vierseitige Straße 10.

10 Schneidig 10

u. hoch elegant, dabei sehr billig, können sich alle Herren freuen. Neue und wenig gebrachte Anzüge, Frack, Hosen, Herbst- und Winterbergezüge, Gesellschafts-Anzüge, auch leichte.

Schnau

10 Grosse Fleischergasse 10

Bitte nicht m. d. Kleinen Fleischergasse zu verwechseln, sond. genau Goldene Krone zu beachten.

Käufe und Verkäufe.

Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern, Matratzen (beste Arbeit) 24,-

Dresdener Str. 28, Seitengeb. I. I. Tapete

Blau guterhalt, Kinderwagen (bab. einer Sitzwagen), Blaumw., Karl Heine-Str. 65.

Ein guterhalt. Kinderwagen blau, d. verl. Voitmarssdorff, Eisenbahnstraße 84. II. I.

Ein gebr. Kinderwagen für 8 Mt. d. verl. Neuburg, Rathausstraße 19. III. I.

Ein Kinderwagen blau, d. verl. Neuburg, Rathausstraße 19. III. I.

Ein Kinderwagen blau zu verkaufen. Sütterlin, Kirchstraße 41. I.

Ein 2dr. Wagen blau zu verkaufen. Bindenau, Güldenstraße 68. IV. r. B